dodis.ch/60501

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss 26. Oktober 1983
Décision
Decisione 1847

Madrider Folgetreffen 1980-1983 der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)
Publikation des Schlussdokumentes mit der Erklärung von Bundespräsident P. Aubert im Bundesblatt

Aufgrund des Antrages des EDA vom 11. Oktober 1983
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtverfahrens,

wird beschlossen

Die Erklärung von Bundespräsident Aubert, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, vom 7. September 1983 in Madrid und das abschliessende Dokument vom 6. September 1983 des Madrider Folgetreffens der KSZE werden im Bundesblatt veröffentlicht.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer

Protokollauszug an:
☒ ohne / ☐ mit Beilage

z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	6	—
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
		EFD		
		EVD		
		EVED		
X		BK	4	—
		EFK		
		Fin. Del.		

Dodis

dodis.ch/60501

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.72.9.15.1 Bern, den 11. Oktober 1983

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Madrider Folgetreffen 1980-1983 der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Publikation des Schlussdokumentes mit der Erklärung von Bundespräsident P. Aubert im Bundesblatt

1. Das abschliessende Dokument des zweiten Folgetreffens der KSZE, das am 6. September 1983 in Madrid von den Aussenministern der 35 Teilnehmerstaaten unterzeichnet wurde, sieht folgendes vor:

   "Der Text dieses Dokumentes wird in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht, der ihn so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntmacht."

2. Im gleichen Sinne war schon in der KSZE-Schlussakte von Helsinki, unterzeichnet am 1. August 1975, die Veröffentlichung jenes Dokumentes vorgesehen. Um dieser Bestimmung gerecht zu werden, beschloss der Bundesrat am 20. August 1975, die Schlussakte von Helsinki im Bundesblatt zu veröffentlichen, zusammen mit der Ansprache, die der damalige Bundespräsident und Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes zum Abschluss der KSZE gehalten hatte.

dodis.ch/60501

3. Angesichts des Vorgehens von 1975 und der entsprechenden Bestimmung von 1983 ist mit den Texten von Madrid gleich zu verfahren wie mit jenen von Helsinki, d.h. im Bundesblatt sind zu veröffentlichen:

   - Erklärung von Bundespräsident Aubert, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, vom 7. September 1983 in Madrid
   - abschliessendes Dokument vom 6. September 1983 des Madrider Folgetreffens der KSZE.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

Pierre Aubert

Beilagen:

- Erklärung von Bundespräsident Aubert vom 7.9.1983, d + f
- Schlussdokument KSZE vom 6.9.1983, d + f
- Entwurf des Beschlusses

dodis.ch/60501

Madrider Folgetreffen 1980-1983 der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Publikation des Schlussdokumentes mit der Erklärung von Bundespräsident P. Aubert im Bundesblatt

Aufgrund des Antrages des EDA vom 11. Oktober 1983 wurde

beschlossen

1. Der vorliegende Antrag wird genehmigt.

2. Die Bundeskanzlei wird mit der Durchführung beauftragt.

Für getreuen Auszug
Der Protokollführer

dodis.ch/60501

Uebersetzung

Erklärung von Bundespräsident Pierre Aubert zum Abschluss der KSZE-Folgekonferenz Madrid, 7. September 1983

Herr Präsident,

Vorerst möchte ich, in meinem und im Namen der schweizerischen Behörden, Spanien für seine grosszügige Gastfreundschaft meinen besten Dank aussprechen. Spanien ist es gelungen, seine Rolle als Gastgeberland mit viel Geduld zu spielen und dies unter den wohl schwierigsten Rahmenbedingungen, welche die KSZE bisher gekannt hat.

Die spanische Regierung bewies nicht nur Ausdauer; sie hat auch Ihre Disponibilität und ihren politischen Mut unter Beweis gestellt, indem sie sich im geeigneten Moment zu einem Schritt entschloss, der es bekanntlich erlaubte, die Konferenz aus ihrer Sackgasse herauszuführen. Dabei möchte ich es nicht unterlassen, meinen herzlichen Dank an Premierminister Felipe Gonzalez zu richten für seine Initiative vom 17. Juni wie auch an die spanische Delegation, die es verstanden hat, Effizienz und Fingerspitzengefühl miteinander zu verbinden und so die Wertschätzung aller Teilnehmer zu gewinnen.

Herr Präsident,

Nach mehr als zweieinhalb Jahren überaus harter Anstrengung, auf einem Hintergrund von Konflikten und Spannungen, hat die Madrider Konferenz in ein substanzielles Dokument gemündet, das in gewissen Punkten wertvolle Ergänzungen zur Schlussakte von Helsinki bringt. Ich denke dabei insbesondere an die Einberufung zweier Expertengruppen, die eine über die Menschenrechte, die andere, welche die Schweiz

dodis.ch/60501

die Ehre haben wird, in Bern zu beherbergen, über menschliche Kontakte, sowie an gewisse Verpflichtungen zugunsten der gewerkschaftlichen Freiheiten, der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der Ausweitung und besseren Garantie der Religionsfreiheit. Ebenso denke ich an die Konferenz über Massnahmen der Vertrauensbildung und Sicherheit sowie über die Abrüstung in Europa; sie bildet den erstan Versuch, in einem Rahmen, der alle betroffenen Länder umfasst, die Probleme der Sicherheit und Abrüstung anzupacken, welche uns alle angehen. Sicher haben nicht alle Sonderwünsche im Dokument von Madrid ihren Platz gefunden. So hätten wir selbst ausgeprägtere Fortschritte in verschiedenen Bereichen gewünscht, etwa bei den Arbeitsbedingungen für Journalisten. Aber dieses Madrider Dokument, darüber sind wir uns im klaren, ist und konnte nichts anderes sein als das Spiegelbild dessen, was unter den gegebenen Voraussetzungen zu erreichen war.

An dieser Stelle ist daran zu erinnern,dass die am 1. August 1975 unterzeichnete Schlussakte von Helsinki über die Aufstellung von Verhaltensregeln für die Beziehungen zwischen Ost und West hinausgehen sollte. Sie war ein Versprechen dafür, dass wir die gemeinsamen Anstrengungen fortsetzen würden in Richtung auf ein besseres Einvernehmen zwischen den Staaten, auf mehr gegenseitiges Verständnis unter den Völkern und auf mehr Freiheit für die Individuen. Sie sollte eine Bürgschaft für die Zukunft sein. Doch im Zeitpunkt, als die Akte unterschrieben wurde, setzte im Entspannungsprozess, aus dem sie hervorgegangen war, bereits jene Verschlechterung ein, die sich im Lauf der Jahre noch verschärfte infolge von Umständen, die uns allen noch in Erinnerung sind und worunter die sowjetische Intervention in Afghanistan sowie das polnische Drama am meisten herausragen. Es ist so oft betont worden, Frieden und Entspannung seien ebenso wenig teilbar wie die Sicherheit, dass man die ganze Gefahr erkennen muss, welche jene Ereignisse für die harmonische Entwicklung der Beziehungen zwischen Ländern desselben Kontinents bedeuten. Solange für diese konfliktgeladenen Verhältnisse keine befriedigende Lösung ge-

dodis.ch/60501

funden ist, die über den Dialog zwischen allen beteiligten Parteien erfolgen müsste, wird die Zukunft der Ost-West-Beziehungen verdüstert bleiben.

Wenn unser heutiger Entscheid eine Wiederbelebung des so heillos verfahrenen Entspannungsprozesses darstellen soll, wäre es nötig, in einer gemeinsamen Anstrengung weiter zu gehen als das, was wir 1975 erreicht haben. Diesbezüglich hat der ganze Bereich unserer Arbeiten, der den Menschenrechten und Grundfreiheiten gewidmet ist, über seine besonderen Verdienste hinaus eine eigentlich politische Tragweite, indem er die Achtung der Menschenrechte zum integrierenden und unverzichtbaren Bestandteil der Entspannung erhebt. Für uns muss die Entspannung ein menschliches Gesicht haben. Diese Schlussfolgerung ist im Ergebnis unserer Konferenz inbegriffen, und dies ist eine ihrer grossen Errungenschaften.

In der Tat stellen diese Menschenrechte, diese Grundfreiheiten sowie die Ausweitung der menschlichen Kontakte Wesenselemente der internationalen Beziehungen dar. Sie sollten unseres Erachtens für alle Unterzeichnerstaaten der Schlussakte von Helsinki, unabhängig von ihrem politischen, ihrem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, einen gemeinsamen Nenner bilden. Dieser gemeinsame Nenner ist 1975 aufgestellt worden, und die Staaten sollten nicht ihre unterschiedlichen Vorstellungen und Deutungen zum Vorwand nehmen, um die Rechte der menschlichen Person zu missachten. In diesem Geiste haben wir immer wieder die zahlreichen Verletzungen der Grundsätze von Helsinki bedauert, durch die der Fortgang der Madrider Konferenz beeinträchtigt wurde.

Herr Präsident,

Wir hoffen, dass die heute geschlossene Vereinbarung das Vorzeichen einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sein wird.

dodis.ch/60501

Verbesserte Beziehungen zwischen allen Ländern Europas sowie den Vereinigten Staaten und Kanada sind nur denkbar, wenn das Vertrauen zwischen den wichtigsten Protagonisten schrittweise wiederhergestellt wird. Ohne dieses Vertrauen wären die verschiedenen Expertengruppen und vor allem die Abrüstungskonferenz sinnlos und würden zu hohlem Geschwätz Aber die Wiederherstellung des Vertrauens wird zu einem grossen Teil davon abhängen, ob die Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki und die heute verabschiedeten Ergänzungen von allen Parteien auch angewandt werden. Damit meine ich eine Anwendung im Dienste des Menschen, nicht im Interesse der verschiedenen politischen Ideologien. Denn die Entspannung kann nicht von dauerhaftem Bestand sein, wenn sie über die Vorteile hinaus, die sie ihrer Natur nach bildet, als Instrument des internationalen Kampfes verstanden wird. Da wir einer Gefahr ausgesetzt sind, die über die zwischenstaatlichen Konflikte hinaus das Ueberleben der Menschheit bedroht, müssen wir die Entspannung mit neuen Begriffen überdenken, welche die geographischen und politischen Unterschiede überwinden. Dies ist nötig, damit die Entspannung zu ihrem menschlichen Gesicht hinzu, das ich soeben erwähnte, auch eine weltweite Dimension erhält und nicht im Alleinbesitz unserer Länder bleibt.

Herr Präsident,

Wir sind uns der globalen Tragweite der Sicherheit bewusst und betrachten die KSZE als ein wesentliches, wenn auch nicht das einzige Element im Ganzen der Verhandlungen, die darauf abzielen, den Friedenshoffnungen durch konkrete Massnahmen Halt zu geben. Ich denke hier, obwohl die Schweiz daran nicht beteiligt ist, an die MBFR-Verhandlungen, die in Wien fortdauern, sowie an die START- und INF-Gespräche, die in jüngerer Zeit in Genf begonnen haben.

Unsere Völker blicken mit wachsender Besorgnis auf die Unterhandlungen, die zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in

dodis.ch/60501

Genf über die Mittelstreckenraketen im Gange sind. Die neutrale Schweiz, die sich jedem Militärbündnis fernhält, ist gewiss von diesen Verhandlungen nicht so direkt betroffen wie andere Staaten. Sie verfolgt sie dennoch aufmerksam: ihre Ergebnisse sind von grossem Interesse für die Schweiz, denn sie fühlt sich aufgrund ihrer Lage im Herzen des Kontinents auf Gedeih und Verderben mit den Geschicken Europas verbunden.

In diesen unruhigen Zeiten hält die Schweiz unbeirrt an ihrer dauernden und bewaffneten Neutralität fest. Diese Neutralität bedeutet keineswegs Gleichgültigkeit, und aus diesem Grunde haben wir immer, seit ihren Anfängen, versucht, in der KSZE eine aktive Rolle zu spielen. So freuen wir uns heute, dass das Dokument von Madrid auf hoher politischer Ebene feierlich das Recht der Staaten auf Neutralität bekräftigt, ein Recht, das schon in der Schlussakte von Helsinki in Erinnerung gerufen wurde.

Unsere Neutralität ist eine bewaffnete, weil die Geschichte uns gelehrt hat, dass die Aufrechterhaltung der Souveränität mit unserem Verteidigungswillen untrennbar verbunden ist und dass unsere Sicherheit auch vom Gleichgewicht der Kräfte abhängt. Dennoch hat dieses Gleichgewicht nur dann einen friedenserhaltenden Sinn, wenn es sich auf dem tiefstmöglichen Niveau verfestigt. Es würde in der Tat den Grundsätzen, welche die Beziehungen zwischen den Nationen zu bestimmen haben, widersprechen, wenn man zulassen würde, dass die Eigenart der zwischenstaatlichen Bindungen von den Waffenarsenalen beherrscht wird.

Wir sind uns auch des weltumspannenden Charakters der internationalen Beziehungen bewusst. Deshalb scheint es uns notwendig, die KSZE aus einer grösseren Sichtweite zu betrachten als nur der europäischen, mit einem Wort, sie in einen weltweiten Zusammenhang zu stellen.

dodis.ch/60501

Die KSZE bestätigt unsern erklärten Willen, zu versuchen bessere Beziehungen unter den Teilnehmerstaaten herzustellen. Aber wir sind zu sehr von der Interdependenz aller Staaten und internationalen Probleme überzeugt, um nicht zu erkennen, dass der Friede in Europa auch vom Weltfrieden abhängt und umgekehrt. In einer nicht allzu fernen Vergangenheit war unser Kontinent Ausgangspunkt der Verheerungen zweier umfassender Konflikte. Wenn er seit bald 40 Jahren von einem bewaffneten Konflikt verschont blieb, haben wir allen Grund zur Feststellung, dass sich die Krisenherde anderswohin verlagert haben, in den Nahen und Mittleren Osten, nach Ost- und Südostasien, nach Mittelamerika, Afrika.... Angesichts dieser andauernden Spannungen und mörderischen Konflikte ist es unser innigster Wunsch, dass sich die hier vertretenen Staaten entschiedener zugunsten des Friedens in jenen Regionen verpflichten. Denn Frieden ist die erste Voraussetzung, die es der Welt, vor allem der leidenden und hoffnungslosen, erlauben soll, auf dem Weg der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vorzuschreiten, nach der sie allzuoft vergebens trachtet.

In diesem Geiste begrüssen wir jede Initiative, die darauf abzielt, den Rahmen und die Instrumente zu verstärken, die eine friedliche Lösung der Spannungen und Meinungsverschiedenheiten erlauben sollten. Die Schweiz hat sich schon immer aktiv für ein System der friedlichen Regelung von Streitigkeiten eingesetzt. Wir sind glücklich darüber, dass die Teilnehmerstaaten der KSZE zu diesem Thema auf 1984 ein Expertentreffen in Athen vorgesehen haben.

Jedes Problem muss durch Diskussion und Verhandlung gelöst werden. In diesem Sinne leistet die KSZE nützliche Arbeit, indem sie jeden Staat erlaubt, sich zu äussern. Diese Verhandlungen haben ein erstesmal 1975 zum Ziel geführt und die wichtigsten Grundsätze definiert, die unseren Völkern die Hoffnung gaben, in Frieden und unter Achtung der Freiheiten eines jeden zu leben. Genauso wie die Bestimmungen

dodis.ch/60501

von Helsinki müssen auch jene, die wir heute verabschiedet haben, noch in die Tat umgesetzt werden.

Herr Präsident,

Wie könnte ich meine Ausführungen abschliessen, ohne jenes tragische Ereignis zu erwähnen, das Empörung und Erregung ausgelöst hat: jenes Zivilflugzeug mit 269 Passagieren an Bord, das unter Begleitumständen, die zu kennen die Weltöffentlichkeit ein legitimes Recht hat, abgeschossen worden ist.

Empörung und Erregung, aber auch Besorgnis: wenn dieses tragische Ereignis ohne glaubwürdige Erklärung bleiben soll, wird die Besorgnis fortbestehen und der Wert der Verpflichtungen, die wir hier in Madrid eingegangen sind, wird in der öffentlichen Meinung unserer Länder in Frage gestellt werden.

Wir haben uns vorgenommen, uns in einigen Monaten in Helsinki und dann in Stockholm wiederzuversammeln, um die erste Phase der Europäischen Abrüstungskonferenz zu beginnen. Zunächst wird es darum gehen, vertrauensbildende Massnahmen aufzustellen. Die erste, Herr Präsident, und sicher nützlichste unter ihnen, würde darin bestehen, jene von ihrem Irrtum zu überzeugen, die zur Lösung ihrer Probleme nur an den Weg der Gewalt glauben, selbst unter Missachtung des menschlichen Lebens. Dies ist die erste vertrauensbildende Massnahme, die ich mir wünschte, denn sie stellt einen unentbehrlichen Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung des Vertrauens dar. Ohne dieses Vertrauen blieben all unsere Verhandlungen ohne Sinn.

Herr Präsident,

Auf der Zukunft lasten die Ernüchterungen, die wir bisher erlebt haben. Wie könnten wir verbergen, dass unsere öffentliche Meinung

dodis.ch/60501

Abscheu empfindet vor den Taten, die internationale Verpflichtungen verletzen, und dass sie streng über Worte urteilen, die inhaltslos werden, weil sie ohne Wirkung bleiben? Mehr denn blosse Versprechungen verlangen unsere Völker, dass die Verpflichtungen, die wir heute unterschreiben, konkret verwirklicht werden. Unsere schwere Verantwortung besteht darin, jenen, vor denen wir Rechenschaft schuldig sind, glaubwürdig zu beweisen, dass sich die KSZE über die Worte und Texte hinaus in greifbare Tatsachen im Dienste der Menschen umsetzt.

Ich wünsche, dass am Tage nach Madrid für die Bürger all unserer Länder mehr Freiheit bestehe, sich über unsere Grenzen zu bewegen, mehr Freiheit, in Wort und Schrift ihre Meinung zu äussern, mehr Freiheit, sich für die Anwendung der Vereinbarungen von Helsinki und Madrid einzusetzen, mehr Freiheit für die Gewerkschaften, sich zu organisieren und ohne Zwang tätig zu sein, schliesslich eine klare Zusammenarbeit zwischen all unseren Ländern, um den Terrorismus, die Gewaltakte und überhaupt die Gewaltanwendung als Mittel des politischen Kampfes zu verbannen, und dass dies alles sich in einem Europa vollziehe, in dem die nuklearen und konventionellen Arsenale spürbar reduziert wären unter Achtung der Souveränität und Sicherheit eines jeden unserer Staaten.

dodis.ch/60501

Déclaration du Président de la Confédération,
Monsieur Pierre Aubert, à la clôture de la
CSCE à Madrid

Madrid, le 7 septembre 1983

Monsieur le Président,

J'aimerais tout d'abord, en mon nom et en celui des autorités suisses, adresser tous mes remerciements à l'Espagne pour sa généreuse hospitalité; l'Espagne a su remplir son rôle de pays hôte avec beaucoup de patience, dans des conditions qui figurent probablement parmi les plus difficiles que la CSCE ait eu à connaître.

Le gouvernement espagnol n'a pas seulement fait montre de persévérance, il a aussi fait preuve de disponibilité et de courage politique en décidant au moment opportun d'une action qui, nous le savons, a permis de débloquer les travaux de la Réunion. A cet égard, je ne voudrais pas manquer d'adresser mes vifs remerciements à Monsieur le Premier ministre Felipe Gonzalez pour son initiative du 17 juin, ainsi qu'à la délégation espagnole qui a su, alliant l'efficacité à l'entregent, se faire apprécier de tous.

Monsieur le Président,

Après plus de deux ans et demi d'efforts particulièrement ardus, sur une toile de fond de conflits et de tensions, la Réunion de Madrid a débouché sur un document de substance qui, sur certains points, apporte des compléments de valeur à l'Acte final d'Helsinki. Je songe ici notamment à la mise en place des

dodis.ch/60501

deux groupes d'experts, l'un sur les droits de l'homme, l'autre, que la Suisse aura l'honneur d'héberger à Berne, sur les contacts humains, ainsi qu'à certains engagements en faveur des libertés syndicales, de la lutte contre le terrorisme international, de l'élargissement et de la meilleure garantie des libertés religieuses. De même, je songe à la Conférence sur les mesures de confiance et de sécurité et sur le désarmement en Europe, qui constitue la première tentative, dans un cadre comprenant tous les pays concernés, d'aborder les problèmes de sécurité et de désarmement qui nous affectent tous. Certes, tous les voeux particuliers n'ont pas trouvé leur place dans le document de Madrid. Ainsi, nous aurions nous-mêmes souhaité des progrès plus marqués dans plusieurs domaines, tels les conditions de travail des journalistes. Mais ce document de Madrid, chacun le sent, n'est et ne pouvait être que le reflet du possible dans une situation donnée.

C'est ici le moment de rappeler que l'Acte final d'Helsinki, signé le 1er août 1975, devait aller au-delà de l'établissement de règles de comportement dans les relations Est-Ouest. Il était une promesse de poursuivre nos efforts en vue de meilleures relations entre les Etats, plus de compréhension entre les peuples, et plus de liberté pour les individus. Il devait être un gage d'avenir. Or, au moment où il a été signé, la détente, dont il était le produit, commençait déjà cette dégradation qui s'accentua au fil des ans à la suite de circonstances que tous ont en mémoire, parmi lesquels l'intervention soviétique en Afghanistan et le drame de la Pologne sont les plus marquants. Il a été assez répété que la paix et la détente sont aussi indivisibles que la sécurité pour que l'on saisisse tout le danger que ces événements représentent pour le développement harmonieux des relations entre pays d'un même continent. Tant que ces situations conflictuelles n'auront pas trouvé de solution satisfaisante, passant par le dialogue entre toutes les parties intéressées, l'avenir des relations Est-Ouest restera assombri.

dodis.ch/60501

Si notre décision d'aujourd'hui doit marquer une reprise d'une détente si malheureusement compromise, il faudrait, dans un effort commun, aller plus loin que ce que nous avons fait en 1975. A cet égard, toute la partie de nos travaux consacrée aux droits de l'homme et aux libertés fondamentales a, en plus de ses mérites particuliers, une portée proprement politique en ce qu'elle consacre le respect des droits de l'homme comme une partie intégrante et indispensable de la détente. Pour nous, la détente doit avoir un visage humain. Cette conclusion est implicite dans le résultat de notre conférence et c'est l'un de ses grands mérites.

En effet, ces droits de l'homme, ces libertés fondamentales, ainsi que l'élargissement des contacts humains sont des éléments essentiels dans les rapports internationaux. Ils devraient, à nos yeux, constituer pour tous les Etats signataires de l'Acte final d'Helsinki, un dénominateur commun quels que soient leurs systèmes politiques, économiques et sociaux. Ce dénominateur commun a été établi en 1975, et les Etats ne sauraient se retrancher derrière des différences de conceptions ou d'interprétation pour ne pas respecter les droits de la personne humaine. C'est dans cet esprit que nous n'avons cessé de déplorer les nombreuses violations des principes d'Helsinki, dont le déroulement de la Conférence de Madrid a été affecté.

Monsieur le Président,

Nous espérons que l'accord conclu aujourd'hui sera un signe avant-coureur d'une amélioration des relations Est-Ouest.

De meilleures relations entre tous les pays d'Europe, les Etats-Unis et le Canada ne peuvent se concevoir que si la confiance entre les principaux protagonistes est progressivement rétablie. En l'absence de cette confiance, les nombreux groupes

dodis.ch/60501

d'experts et la Conférence sur le désarmement, notamment, seraient vidés de leur sens et se transformeraient en vains palabres. Or, le rétablissement de la confiance dépendra pour une très grande part de l'application par chacune des parties des dispositions de l'Acte final d'Helsinki et de ses compléments adoptés aujourd'hui. J'entends une application au service de l'homme et non au service des différentes idéologies politiques. Car la détente ne saurait avoir ni solidité ni stabilité si elle est conçue, au-delà des avantages intrinsèques qu'elle rapporte, comme un instrument de la lutte internationale. Exposés à un danger qui transcende les divisions entre Etats puisqu'il menace la survie de l'humanité, nous devons repenser la détente en des termes qui dépassent les clivages géographiques et politiques. Ceci afin qu'en plus de son visage humain que j'évoquais tout à l'heure, elle acquière aussi une dimension universelle et qu'elle ne reste pas le monopole de nos seuls pays.

Monsieur le Président,

Nous sommes conscients de l'enjeu global de la sécurité et considérons la CSCE comme un élément essentiel, même s'il n'est pas unique, de l'ensemble des négociations visant à étayer les espoirs de paix par des mesures concrètes. Je pense ici, même si la Suisse n'en fait pas partie, aux négociations MBFR qui se prolongent à Vienne et à celles qui ont été plus récemment entamées à Genève, les START et les INF.

Les regards de nos peuples se tournent avec une préoccupation croissante vers les pourparlers engagés entre les Etats-Unis d'Amérique et l'URSS à Genève sur les missiles à portée intermédiaire. La Suisse neutre, qui se tient à l'écart de toute alliance militaire, n'est certes pas aussi directement concernée

dodis.ch/60501

par ces négociations que d'autres Etats. Toutefois, elle les suit attentivement : leurs résultats sont pour la Suisse d'un grand intérêt car, située au coeur du continent, elle se sait entièrement solidaire des destinées de l'Europe.

Dans ces temps troublés, la Suisse tient fermement à sa neutralité permanente et armée. Cette neutralité n'équivaut en rien à de l'indifférence, et c'est pourquoi nous avons toujours tâché de jouer un rôle actif à la CSCE, dès ses débuts. Nous nous réjouissons aujourd'hui que le document de Madrid réaffirme solennellement, à un niveau politique élevé, le droit des pays à la neutralité, droit qui avait déjà été rappelé dans l'Acte final d'Helsinki.

Notre neutralité est une neutralité armée, parce que l'histoire nous a démontré que la sauvegarde de notre souveraineté est indissociable de notre volonté de défense et notre sécurité également tributaire de l'équilibre des forces. Cependant, cet équilibre ne peut avoir de sens pacifique que s'il s'établit au plus bas niveau possible. Ce serait en effet aller à l'encontre des principes qui doivent régir les relations entre Etats que de permettre aux arsenaux de jouer un rôle dominant dans la nature des liens qui unissent les nations.

Nous sommes également conscients du caractère global des relations internationales. C'est pourquoi il nous paraît nécessaire de situer la CSCE dans une perspective plus large que la seule perspective européenne, en un mot de la situer dans un contexte mondial.

dodis.ch/60501

La CSCE consacre notre volonté déclarée d'essayer d'établir de meilleures relations entre les Etats participants. Mais nous sommes trop convaincus de l'interdépendance de tous les pays et de tous les problèmes internationaux pour ne pas voir que la paix en Europe est également tributaire de la paix dans le monde et vice versa. Dans un passé récent, notre continent a été à l'origine des dévastations de deux conflits généralisés. Si un conflit armé lui a été épargné depuis près de quarante ans, force est de constater que les foyers de crise se sont déplacés ailleurs, au Proche et au Moyen-Orient, en Asie de l'Est et du Sud-Est, en Amérique centrale, en Afrique... Face à ces tensions continues et aux conflits meurtriers, nous souhaitons ardemment que les Etats ici représentés s'engagent plus résolument en faveur de la paix dans ces régions. Car la paix est la condition première devant permettre au monde, en particulier au monde qui souffre et perd espoir, de progresser dans la voie du développement économique et social auquel il aspire, trop souvent en vain.

Dans cet esprit, nous saluons toute initiative visant à renforcer le cadre et les instruments devant permettre aux tensions et aux divergences de se résoudre pacifiquement. Depuis toujours, la Suisse s'est activement engagée en faveur d'un système de règlement pacifique des différends. Nous nous félicitons de ce que les Etats participants à la CSCE aient prévu une réunion d'experts sur ce sujet à Athènes en 1984.

La résolution de tout problème doit passer par la discussion et la négociation. En ce sens, la CSCE fait oeuvre utile en permettant à chacun de s'exprimer. Ces négociations ont abouti une première fois en 1975, et ont défini des grands principes qui ont offert à nos peuples l'espoir de vivre en paix et dans le respect des libertés de chacune et de chacun. Tout comme les dispositions d'Helsinki, celles que nous avons adoptées aujourd'hui doivent encore être traduites dans les faits.

dodis.ch/60501

Monsieur le Président,

Comment conclure mes propos sans mentionner cet événement tragique qui a suscité l'indignation et l'émotion : cet avion civil avec 269 passagers à bord qui a été abattu dans des circonstances que la communauté internationale a le droit légitime de connaître.

Si cet événement tragique doit rester sans explication crédible, l'inquiétude subsistera et la valeur des engagements pris ici à Madrid sera remise en cause dans nos opinions publiques.

Dans quelques mois, nous nous proposons de nous réunir à Helsinki, puis à Stockholm, pour commencer la première phase de la Conférence sur le désarmement en Europe. Il s'agira d'établir, dans un premier temps, des mesures de confiance. La première d'entre elles, Monsieur le Président, la plus utile certainement, consisterait à persuader de leur erreur ceux qui ne croient qu'à la force pour résoudre leurs problèmes, serait-ce au mépris de la vie humaine. C'est là la première mesure de confiance que je voudrais appeler de mes voeux, car c'est une étape indispensable au rétablissement de cette confiance sans laquelle toutes nos négociations resteraient vides de sens.

dodis.ch/60501

Monsieur le Président,

Les désillusions vécues pèsent sur l'avenir. Comment cacher que nos opinions publiques s'indignent devant les actes qui violent les engagements internationaux et jugent avec sévérité les paroles que l'absence d'effets rend creuses ? Plus que des promesses seules, nos peuples exigent une mise en application concrète des engagements auxquels nous souscrivons aujourd'hui. C'est notre lourde responsabilité que d'offrir à ceux devant qui nous devons répondre, de réelles raisons de croire qu'au-delà des mots et des textes, la CSCE se traduit en faits tangibles au service des hommes.

Je souhaite qu'au lendemain de Madrid, il y ait plus de liberté pour les citoyens de tous nos pays de se mouvoir à travers nos frontières, plus de liberté de s'exprimer par la parole et l'écrit, plus de liberté de s'engager en faveur de l'application des accords d'Helsinki et de Madrid, plus de liberté pour les syndicats de se créer et d'agir à l'abri de contraintes, enfin une coopération déterminée entre tous nos pays pour bannir le terrorisme, les actes de violence et l'usage de la force en général comme moyen de lutte politique, et que tout ceci se fasse dans une Europe où les arsenaux nucléaires et conventionnels seraient sensiblement réduits dans le respect de la souveraineté et de la sécurité de chacun de nos Etats.

dodis.ch/60501

ABSCHLIESSENDES DOKUMENT

DES MADRIDER TREFFENS 1980 DER VERTRETER DER TEILNEHMERSTAATEN DER KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA, WELCHES AUF DER GRUNDLAGE DER BESTIMMUNGEN DER SCHLUSSAKTE BETREFFEND DIE FOLGEN DER KONFERENZ ABGEHALTEN WURDE

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa trafen sich in Madrid vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz sowie auf der Grundlage anderer einschlägiger, während des von der KSZE eingeleiteten Prozesses angenommener Dokumente.

Der Ministerpräsident Spaniens richtete am 12. November 1980 eine Ansprache an die Teilnehmer.

Eröffnungserklärungen wurden von allen Delegationsleitern, unter ihnen Aussenminister und stellvertretende Aussenminister einer Anzahl von Teilnehmerstaaten, abgegeben. Einige Aussenminister richteten auch in späteren Phasen das Wort an das Treffen.

Beiträge wurden von Vertretern der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) sowie der UNESCO geleistet.

Beiträge wurden ferner von folgenden nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten geleistet: Algerien, Ägypten, Israel, Marokko und Tunesien.

dodis.ch/60501

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten unterstrichen die grosse politische Bedeutung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des von ihr eingeleiteten Prozesses sowie der Mittel und Wege, welche sie den Staaten bietet, ihre Bemühungen zur Stärkung der Sicherheit, zur Entwicklung der Zusammenarbeit und zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses in Europa zu fördern. Sie bekräftigten daher ihre Verpflichtung im Hinblick auf den Prozess der KSZE und betonten die Bedeutung der Durchführung aller Bestimmungen und der Achtung aller Prinzipien der Schlussakte durch jeden von ihnen als wesentlich für die Entwicklung dieses Prozesses. Ferner unterstrichen sie die Bedeutung, die sie der Sicherheit und wirklichen Entspannung beimessen, während sie die Verschlechterung der internationalen Lage seit dem Belgrader Treffen 1977 bedauerten.

Die Teilnehmerstaaten kamen daher überein, dass erneute Anstrengungen unternommen werden sollten, der Schlussakte durch konkrete unilaterale, bilaterale und multilaterale Massnahmen volle Wirksamkeit zu verleihen, um das Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten wiederherzustellen, was eine wesentliche Verbesserung in ihren gegenseitigen Beziehungen ermöglichen würde. Sie waren der Ansicht, dass die Zukunft des KSZE-Prozesses einen ausgewogenen Fortschritt in allen Teilen der Schlussakte erfordert.

In Übereinstimmung mit dem in der Schlussakte und in der Tagesordnung des Madrider Treffens vorgesehenen Mandat nahmen die Vertreter der Teilnehmerstaaten einen vertieften Meinungsaustausch vor, sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben, als auch, im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen, über die Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft.

dodis.ch/60501

Es wurde bestätigt, dass der vertiefte Meinungsaustausch in sich selbst einen wertvollen Beitrag zur Erreichung der von der KSZE gesetzten Ziele darstellt. In diesem Zusammenhang bestand Einvernehmen darüber, dass diese Ziele nur durch eine unilateral, bilateral und multilateral erfolgende fortgesetzte Durchführung aller Bestimmungen und durch die Achtung aller Prinzipien der Schlussakte erreicht werden können.

Während dieses Meinungsaustausches wurden unterschiedliche und zuweilen gegensätzliche Auffassungen über den von Teilnehmerstaaten bisher erreichten Grad der Durchführung der Schlussakte zum Ausdruck gebracht. Während gewisse Fortschritte vermerkt wurden, kam Besorgnis angesichts der ernsthaften Mängel bei der Durchführung dieses Dokuments zum Ausdruck.

Kritische Einschätzungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln wurden über die Anwendung und Achtung der Prinzipien der Schlussakte gegeben. Bei diesen Einschätzungen wurden ernsthafte Verletzungen einer Reihe dieser Prinzipien bedauert. Die Teilnehmerstaaten, die zeitweise auf höherer Ebene vertreten waren, erachteten es daher für notwendig, in verschiedenen Phasen des Treffens festzustellen, dass die strikte Anwendung und Achtung dieser Prinzipien in all ihren Aspekten für die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten wesentlich sind.

Es wurde auch die Notwendigkeit unterstrichen, dass die Beziehungen der Teilnehmerstaaten zu allen anderen Staaten im Geiste dieser Prinzipien gestaltet werden sollten.

Besorgnis wurde über den fortdauernden Mangel an Vertrauen zwischen Teilnehmerstaaten zum Ausdruck gebracht.

Besorgnis wurde auch über die Ausbreitung von Terrorismus geäussert.

dodis.ch/60501

Die Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte betreffend vertrauensbildende Massnahmen, Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik und der Umwelt sowie Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen wurde eingehend erörtert. Es bestand die Auffassung, dass die durch die Schlussakte gebotenen zahlreichen Möglichkeiten nicht genügend genutzt wurden. Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum wurden ebenfalls erörtert.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigten ihre Verpflichtung zur Fortsetzung des Prozesses der KSZE, wie dies in dem in der Schlussakte enthaltenen Kapitel über die Folgen der Konferenz vereinbart wurde.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten nahmen die Berichte der Expertentreffen und des "Wissenschaftlichen Forums" zur Kenntnis und berücksichtigten im Verlaufe ihrer Beratungen die Ergebnisse dieser Treffen.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten prüften alle Vorschläge, die zu den obigen Fragen unterbreitet wurden, und vereinbarten Folgendes:

dodis.ch/60501

FRAGEN DER SICHERHEIT IN EUROPA

Die Teilnehmerstaaten bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck,

- neue Anstrengungen zu unternehmen, um die Entspannung im universellen Sinne zu einem wirksamen wie auch dauerhaften, immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozess zu machen, gemäss den in der Schlussakte eingegangenen Verpflichtungen;
- Lösungen offener Fragen mit friedlichen Mitteln zu suchen;
- konsequent alle Bestimmungen der Schlussakte zu erfüllen, insbesondere alle in der Erklärung Uber die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, enthaltenen zehn Prinzipien ungeachtet ihrer politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systeme als auch ihrer Größe, geographischen Lage oder ihres wirtschaftlichen Entwicklungsstandes strikt und uneingeschränkt zu achten und in die Praxis umzusetzen, einschliesslich ihrer Verpflichtung, ihre Beziehungen zu allen anderen Staaten im Geiste dieser Prinzipien zu gestalten;
- Beziehungen der gegenseitigen Zusammenarbeit, der Freundschaft und des Vertrauens zu entwickeln und sich jeglicher Handlung zu enthalten, die im Widerspruch zur Schlussakte steht und solche Beziehungen beeinträchtigen könnte;
- echte Anstrengungen zur Durchführung der Schlussakte zu ermutigen;
- echte Anstrengungen zu unternehmen, die auf die Eindämmung zunehmender Aufrüstung sowie auf die Festigung des Vertrauens und der Sicherheit und die Förderung der Abrüstung gerichtet sind.

dodis.ch/60501

Prinzipien

Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, diese Prinzipien voll zu achten und anzuwenden und folglich mit allen Mitteln, sowohl rechtlich als auch praktisch, ihre höhere Wirksamkeit zu fördern. Sie sind der Auffassung, dass eines dieser Mittel darin bestehen könnte, den zehn in der Schlussakte niedergelegten Prinzipien in der der Praxis und den Verfahrensweisen eines jeden Landes gemässen Form in den einzelnen Gesetzgebungen Ausdruck zu verleihen.

Sie erkennen es als wichtig an, dass durch Teilnehmerstaaten geschlossene Verträge und Abkommen die einschlägigen Prinzipien widerspiegeln und mit ihnen in Einklang stehen und, wo angemessen, auf sie verweisen.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen die Notwendigkeit, dass die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt als Norm des internationalen Lebens strikt und wirksam eingehalten werden sollte. Zu diesem Zweck betonen sie ihre Pflicht, gemäss den einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte, dementsprechend zu handeln.

Die Teilnehmerstaaten verurteilen den Terrorismus einschliesslich des Terrorismus in internationalen Beziehungen, da er das Leben unschuldiger Menschen bedroht oder vernichtet oder in anderer Weise Menschenrechte und Grundfreiheiten gefährdet, und unterstreichen die Notwendigkeit, entschiedene Massnahmen zu seiner Bekämpfung zu ergreifen. Sie bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, wirksame Massnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung terroristischer Handlungen sowohl auf nationaler Ebene als auch durch internationale Zusammenarbeit, einschliesslich geeigneter bilateraler und multilateraler Abkommen, zu ergreifen und folglich die gegenseitige Zusammenarbeit bei der Bekämpfung solcher Handlungen zu erweitern und zu verstärken. Sie kommen überein, dies im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, der Deklaration der Vereinten Nationen über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten und der Schlussakte von Helsinki zu tun.

dodis.ch/60501

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung terroristischer Handlungen werden sie alle geeigneten Massnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass ihr jeweiliges Territorium zur Vorbereitung, Organisierung oder Verübung terroristischer Tätigkeiten, einschliesslich solcher, die sich gegen andere Teilnehmerstaaten und ihre Bürger richten, benutzt wird. Dies schliesst auch Massnahmen ein, um auf ihrem Territorium illegale Tätigkeiten von Personen, Gruppen und Organisationen zu verbieten, welche zur Verübung terroristischer Handlungen anstiften, sie organisieren oder sich daran beteiligen.

Die Teilnehmerstaaten bestätigen, dass sie sich der direkten oder indirekten Unterstützung terroristischer Tätigkeiten oder subversiver oder anderer Tätigkeiten enthalten werden, die auf den gewaltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Teilnehmerstaates gerichtet sind. Dementsprechend werden sie sich unter anderem der Finanzierung, Ermutigung, Schürung oder Duldung solcher Tätigkeiten enthalten.

Sie erklären ihre Entschlossenheit, ihr Möglichstes zu tun, um für alle offiziellen Vertreter und Personen, die auf ihrem Territorium an Tätigkeiten im Rahmen diplomatischer, konsularischer oder anderer offizieller Beziehungen teilnehmen, die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten.

Sie betonen, dass alle Teilnehmerstaaten in der Schlussakte die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkennen, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist, die ihrerseits erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten.

Die Teilnehmerstaaten unterstreichen ihre Entschlossenheit, die wirksame Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, zu fördern und zu ermutigen, und ständige

dodis.ch/60501

und spürbare Fortschritte in Übereinstimmung mit der Schlussakte zu sichern, mit dem Ziel einer weiteren und stetigen Entwicklung auf diesem Gebiet in allen Teilnehmerstaaten, ungeachtet ihres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems.

Sie unterstreichen gleichfalls ihre Entschlossenheit, ihre Gesetze und Vorschriften im Bereich der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und anderer Menschenrechte und Grundfreiheiten zu entwickeln; sie betonen ebenfalls ihre Entschlossenheit, die wirksame Ausübung dieser Rechte und Freiheiten zu gewährleisten.

Sie erinnern an das Recht des Individuums, seine Rechte und Pflichten auf dem Gebiet der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu kennen und auszuüben, wie in der Schlussakte festgelegt, und werden in ihren jeweiligen Ländern die notwendigen Massnahmen zur wirksamen Gewährleistung dieses Rechts ergreifen.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen, dass sie die Freiheit des Individuums anerkennen und achten werden, sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu einer Religion oder Überzeugung in Übereinstimmung mit dem, was sein Gewissen ihm gebietet, zu bekennen und diese auszuüben; ausserdem kommen sie überein, die zu deren Gewährleistung erforderlichen Massnahmen zu ergreifen.

In diesem Zusammenhang werden sie, wann immer erforderlich, religiöse Bekenntnisse, Institutionen und Organisationen, die im verfassungsmässigen Rahmen ihres jeweiligen Landes wirken, konsultieren.

Sie werden Anträge religiöser Gemeinschaften von Gläubigen, die im verfassungsmässigen Rahmen ihres Staates wirken oder zu wirken bereit sind, den Status zu erhalten, der in ihrem jeweiligen Land für religiöse Bekenntnisse, Institutionen und Organisationen vorgesehen ist, wohlwollend prüfen.

dodis.ch/60501

Sie unterstreichen auch die Bedeutung ständiger Fortschritte bei der Gewährleistung der Achtung und des tatsächlichen Genusses der Rechte von Personen, die nationalen Minderheiten angehören, sowie beim Schutz ihrer legitimen Interessen, wie dies in der Schlussakte vorgesehen ist.

Sie unterstreichen die Bedeutung der Gewährleistung der Gleichberechtigung von Mann und Frau; dementsprechend kommen sie überein, alle erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um eine gleichermassen effektive Teilnahme von Männern und Frauen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu fördern.

Die Teilnehmerstaaten werden das Recht der Arbeiter, Gewerkschaften frei einzurichten und ihnen beizutreten, das Recht der Gewerkschaften auf freie Ausübung ihrer Tätigkeiten und sonstiger Rechte gewährleisten, wie sie in den einschlägigen internationalen Dokumenten niedergelegt sind. Sie stellen fest, dass diese Rechte in Befolgung der Gesetze des Staates und in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen des Staates ausgeübt werden. Sie werden, soweit angemessen, direkte Kontakte und Verbindungen zwischen solchen Gewerkschaften und deren Vertretern ermutigen.

Sie bekräftigen, dass Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen eine relevante und positive Rolle zukommt, zur Erreichung der obigen Ziele ihrer Zusammenarbeit beizutragen.

Sie bekräftigen die besondere Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschrechte, der Internationalen Konventionen über Menschenrechte und anderer einschlägiger internationaler Dokumente für ihre gemeinsam und einzeln unternommenen Anstrengungen zur Stimulierung und Entwicklung der universellen Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten; sie appellieren an alle Teilnehmerstaaten, im Einklang mit diesen internationalen Dokumenten zu handeln, und fordern die Teilnehmerstaaten, die

dodis.ch/60501

dies noch nicht getan haben, auf, die Möglichkeit des Beitritts zu den Konventionen zu prüfen.

Sie kommen überein, die Nutzung bilateraler Gespräche am Runden Tisch auf freiwilliger Grundlage zwischen Delegationen, welche von jedem Teilnehmerstaat zusammengestellt werden, wohlwollend in Erwägung zu ziehen, um gemäss einer vereinbarten Tagesordnung im Geiste der gegenseitigen Achtung Fragen der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Absicht zu erörtern, ein höheres Mass an Verständnis und Zusammenarbeit auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte zu erreichen.

Sie beschliessen, ein Expertentreffen der Teilnehmerstaaten zu Fragen betreffend die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in ihren Staaten in all ihren Aspekten, wie in der Schlussakte festgelegt, einzuberufen.

Auf Einladung der Regierung Kanadas wird das Expertentreffen ab 7. Mai 1985 in Ottawa stattfinden. Es wird Schlussfolgerungen und Empfehlungen abfassen, die den Regierungen aller Teilnehmerstaaten vorzulegen sind.

Dem Treffen wird ein Vorbereitungstreffen vorausgehen, das auf Einladung der Regierung Kanadas am 23. April 1985 in Ottawa beginnen wird.

In Übereinstimmung mit der im Bericht des Expertentreffens von Montreux enthaltenen Empfehlung wird auf Einladung der Regierung Griechenlands ein weiteres Expertentreffen der Teilnehmerstaaten einberufen werden. Es wird in Athen stattfinden und am 21. März 1984 beginnen, mit dem Vorhaben, auf der Grundlage der Schlussakte die Prüfung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen mit dem Ziel fortzusetzen, bestehende Methoden zu ergänzen. Das Treffen wird den in dem oben erwähnten Bericht dargelegten gemeinsamen Ansatz berücksichtigen.

dodis.ch/60501

Eingedenk des Rechts jedes Teilnehmerstaates, internationalen Organisationen anzugehören oder nicht anzugehören, Vertragspartei bilateraler oder multilateraler Verträge zu sein oder nicht zu sein, einschliesslich des Rechtes, Vertragspartei eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein, sowie des Rechts auf Neutralität, nehmen die Teilnehmerstaaten Kenntnis von der Erklärung der Regierung der Republik Malta, in der diese erklärte, dass als ein wirksamer Beitrag zu Entspannung, Frieden und Sicherheit im Mittelmeerraum die Republik Malta ein neutraler Staat ist, der eine Politik der Nichtpaktgebundenheit verfolgt. Sie rufen alle Staaten auf, diese Erklärung zu achten.

dodis.ch/60501

Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa

Die Teilnehmerstaaten,

Eingedenk der Bestimmungen der Schlussakte, denen zufolge sie ihrer aller Interesse an Bemühungen anerkennen, die auf die Verminderung militärischer Konfrontation und die Förderung der Abrüstung gerichtet sind,

Sind übereingekommen, eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa einzuberufen.

Das Ziel der Konferenz ist es, als substantieller und integraler Bestandteil des durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleiteten multilateralen Prozesses unter Teilnahme aller Unterzeichnerstaaten der Schlussakte etappenweise neue, wirksame und konkrete Schritte zu unternehmen, die darauf gerichtet sind, Fortschritte bei der Festigung des Vertrauens und der Sicherheit und bei der Verwirklichung der Abrüstung zu erzielen, um der Pflicht der Staaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu enthalten, Wirkung und Ausdruck zu verleihen.

Die Konferenz wird somit einen Prozess einleiten, dessen erste Phase der Verhandlung und Annahme eines Satzes einander ergänzender vertrauens- und sicherheitsbildender Massnahmen gewidmet sein wird, die darauf gerichtet sind, die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa zu vermindern.

Die erste Phase der Konferenz wird ab 17. Januar 1984 in Stockholm abgehalten.

dodis.ch/60501

Auf der Grundlage der Gleichheit der Rechte, der Ausgewogenheit und Gegenseitigkeit, der gleichen Achtung der Sicherheitsinteressen aller Teilnehmerstaaten der KSZE und ihrer jeweiligen Verpflichtungen betreffend vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa, werden diese vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen ganz Europa sowie das angrenzende Seegebiet*) und den angrenzenden Luftraum umfassen. Sie werden militärisch bedeutsam und politisch verbindlich sein und von angemessenen Formen der Verifikation begleitet werden, die ihrem Inhalt entsprechen.

In bezug auf das angrenzende Seegebiet*) und den angrenzenden Luftraum werden diese Massnahmen auf die dort stattfindenden militärischen Tätigkeiten aller Teilnehmerstaaten anwendbar sein, soweit diese Tätigkeiten sowohl die Sicherheit in Europa berühren als auch einen Teil von Tätigkeiten in ganz Europa, wie oben angeführt, konstituieren, die anzukündigen sie vereinbaren werden. Notwendige Spezifizierungen werden durch die Verhandlungen über die vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen auf der Konferenz erfolgen.

Die vorstehend gegebene Definition der Zone mindert in keiner Weise bereits mit der Schlussakte eingegangene Verpflichtungen. Die auf der Konferenz zu vereinbarenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen werden auch in allen Gebieten anwendbar sein, die von irgendeiner der Bestimmungen der Schlussakte betreffend vertrauensbildende Massnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung erfasst werden.

Die von den Verhandlungspartnern festgelegten Bestimmungen treten in den Formen und nach dem Verfahren in Kraft, die durch die Konferenz vereinbart werden.

---

*) In diesem Zusammenhang ist der Begriff "angrenzendes Seegebiet" so zu verstehen, dass er sich auch auf an Europa angrenzende ozeanische Gebiete bezieht.

dodis.ch/60501

Unter Berücksichtigung des obengenannten Ziels der Konferenz wird das nächste Folgetreffen der Teilnehmerstaaten der KSZE, das ab 4. November 1986 in Wien stattfinden wird, die in der ersten Phase der Konferenz erreichten Fortschritte beurteilen.

Unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte und nach Überprüfung der durch die erste Phase der Konferenz erreichten Ergebnisse sowie im Lichte anderer einschlägiger, Europa betreffender Verhandlungen über Sicherheit und Abrüstung wird ein künftiges KSZE-Folgetreffen Wege und geeignete Mittel für die Teilnehmerstaaten zur Fortsetzung ihrer Bemühungen um Sicherheit und Abrüstung in Europa prüfen, einschliesslich der Frage einer Ergänzung des gegenwärtigen Mandats für die nächste Phase der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa.

Ein Vorbereitungstreffen, das mit der Festlegung der Tagesordnung, des Zeitplanes und anderer organisatorischer Modalitäten für die erste Phase der Konferenz betraut wird, wird ab 25. Oktober 1983 in Helsinki abgehalten. Seine Dauer soll drei Wochen nicht überschreiten.

Die Verfahrens- und die Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten, die für die KSZE gelten, werden sinngemäss auf die Konferenz und auf das im vorstehenden Paragraphen erwähnte Vorbereitungstreffen angewendet. Das technische Sekretariat wird vom Gastgeberland gestellt werden.

dodis.ch/60501

ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN DER WIRTSCHAFT,
DER WISSENSCHAFT UND DER TECHNIK SOWIE DER UMWELT

Die Teilnehmerstaaten sind der Auffassung, dass die Verwirklichung aller Bestimmungen der Schlussakte und die volle Respektierung der darin niedergelegten Prinzipien über die Beziehungen unter ihnen eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt bilden. Gleichzeitig bekräftigen sie ihre Überzeugung, dass die Zusammenarbeit in diesen Bereichen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt beiträgt. In diesem Geiste drücken sie erneut ihre Entschlossenheit aus, diese Zusammenarbeit untereinander, ungeachtet ihrer wirtschaftlichen und sozialen Systeme, fortzusetzen und zu verstärken.

Die Teilnehmerstaaten bestätigen ihr Interesse an der Förderung angemessener, günstiger Bedingungen zur weiteren Entwicklung des Handels und der industriellen Kooperation zwischen ihnen, insbesondere durch die volle Erfüllung aller Bestimmungen des zweiten Kapitels der Schlussakte, um so besseren Gebrauch von den durch ihr wirtschaftliches, wissenschaftliches und technisches Potential geschaffenen Möglichkeiten zu machen. In diesem Zusammenhang und in Anbetracht der bereits zum Zwecke der Überwindung aller Arten von Handelshemmnissen unternommenen unilateralen, bilateralen und multilateralen Anstrengungen bekräftigen sie ihre Absicht, weitere Anstrengungen mit dem Ziel zu unternehmen, alle Arten von der Entwicklung des Handels entgegenstehenden Hemmnissen zu verringern oder schrittweise auszuschalten.

Unter Berücksichtigung der von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) auf dem Gebiet aller Arten von Handelshemmnissen bereits ausgeführten Arbeiten empfehlen sie, weitere Arbeiten zu dieser Materie insbesondere auf die Identifizierung solcher Hemmnisse auszurichten und sie mit dem Ziel zu untersuchen, Möglichkeiten zu ihrer Verringerung

dodis.ch/60501

oder schrittweisen Ausschaltung aufzufinden, um so zu einer harmonischen Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen beizutragen.

Auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte bezüglich der Geschäftskontakte und -möglichkeiten erklären die Teilnehmerstaaten ihre Absicht, Anstrengungen zu unternehmen, um die wirksamere und raschere Abwicklung von Geschäftsverhandlungen und -aktivitäten zu fördern und weiterhin Bedingungen zu schaffen, die engere Kontakte zwischen Vertretern und Experten von Verkaufsfirmen auf der einen Seite sowie Käufern und Abnehmerfirmen auf der anderen Seite in allen Stadien des Geschäftsganges erleichtern. Sie werden auch andere Formen operativer Kontakte zwischen Verkäufern und Abnehmern fördern, wie die Veranstaltung technischer Symposien und Vorführungen sowie von Aus- und Weiterbildungskursen über Kundendienst für Fachkräfte von Abnehmerfirmen und -organisationen.

Sie kommen auch überein, Massnahmen zu treffen, um Dienstleistungen und Einrichtungen sowie Arbeitsbedingungen für Vertreter ausländischer Firmen und Organisationen auf ihrem Territorium weiter zu entwickeln und zu verbessern, einschliesslich Fernmeldeeinrichtungen für Vertreter solcher Firmen und Organisationen, sowie diese und andere Erleichterungen für zeitweilig anwesendes Personal, insbesondere auch für Personal vor Ort zu schaffen. Sie werden sich weiterhin bemühen, Massnahmen zu ergreifen, um soweit wie möglich Verfahren für die Registrierung ausländischer Firmenvertretungen und Büros sowie für die Gewährung von Einreisevis für Vertreter der Wirtschaft zu beschleunigen.

Die Teilnehmerstaaten erklären ihre Absicht, die regelmässige Veröffentlichung und Verbreitung wirtschaftlicher und kommerzieller Informationen möglichst rasch zu gewährleisten, die so zusammenzustellen sind, dass die Beurteilung der Marktmöglichkeiten erleichtert und damit der Prozess der Entwicklung des internationalen Handels und der internationalen industriellen Kooperation wirksam unterstützt wird.

dodis.ch/60501

Zu diesem Zweck und um weitere Fortschritte bei der Erreichung der in den einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte dargelegten Ziele zu machen, beabsichtigen sie, ihre Bemühungen zu intensivieren, um die Vergleichbarkeit, den Umfang und die Klarheit ihrer Wirtschafts- und Handelsstatistiken zu verbessern, indem sie insbesondere erforderlichenfalls die folgenden Massnahmen treffen: durch Einbeziehung angemessen definierter und, wo es möglich ist, auf konstante Werte begründeter zusammenfassender Indizes in ihre Wirtschafts- und Handelsstatistiken; durch Veröffentlichung ihrer Zwischenstatistiken, wenn immer technisch möglich, in mindestens vierteljährlichem Rhythmus; durch Veröffentlichung ihrer statistischen Erhebungen in genügender Detailliertheit, um die oben erwähnten Ziele zu erreichen, indem sie insbesondere für ihre Aussenhandelsstatistiken eine Warenaufstellung verwenden, die die Bestimmung einzelner Waren für Zwecke der Marktanalyse gestattet; durch Bemühen darum, dass ihre Wirtschafts- und Handelsstatistiken den von dem betreffenden Staat bisher herausgegebenen an Umfang nicht nachstehen.

Weiterhin bekunden sie, dass sie willens sind, in Richtung des baldigen Abschlusses der in den zuständigen UN-Gremien unternommenen Arbeiten an der Harmonisierung und Angleichung statistischer Nomenklaturen zusammenzuarbeiten.

Die Teilnehmerstaaten erkennen ferner an, dass es nützlich ist, in anderen Teilnehmerstaaten vorhandene wirtschaftliche und kommerzielle Informationen für Unternehmen und Firmen in ihren Ländern auf geeigneten Wegen bereitzustellen.

Die Teilnehmerstaaten sind sich der Notwendigkeit bewusst, die Bedingungen für eine wirksamere Arbeitsweise von auf dem Gebiet der Absatzförderung tätigen Institutionen und Firmen weiter zu verbessern

dodis.ch/60501

und werden daher einen aktiveren Austausch von Kenntnissen und Techniken fördern, die für eine wirksame Absatzförderung nötig sind, sowie intensivere Beziehungen zwischen solchen Institutionen und Firmen ermutigen. Sie kommen überein, die von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa gebotenen Möglichkeiten voll zu nutzen, um ihre Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern.

Die Teilnehmerstaaten stellen fest, dass in ihren wirtschaftlichen Beziehungen die Anzahl von Kompensationsgeschäften in all ihren Formen ansteigt. Sie erkennen die nützlich Rolle an, die solche auf gegenseitig annehmbarer Grundlage abgeschlossenen Geschäfte spielen können. Gleichzeitig erkennen sie an, dass bei solchen Geschäften durch Verknüpfung von Käufen und Verkäufen Probleme entstenen können.

Unter Berücksichtigung der von der ECE auf diesem Gebiet bereits ausgeführten Studien empfehlen die Teilnehmerstaaten, die weitere Arbeit zu dieser Materie insbesondere auf die Identifizierung solcher Probleme und die Prüfung von Möglichkeiten für ihre Lösung auszurichten, um zur harmonischen Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen beizutragen.

Die Teilnehmerstaaten erkennen an, dass die Ausweitung der industriellen Kooperation, auf der Grundlage ihres gegenseitigen Interesses und motiviert von wirtschaftlichen Erwägungen, zur weiteren Entwicklung und Diversifizierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen und zu einer breiteren Nutzung moderner Technologie beitragen kann.

Sie erkennen die nützliche Rolle an, welche bilaterale Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit, darunter gegebenenfalls solche mit langfristigem Charakter, spielen können. Sie drücken ferner ihre Bereitschaft aus, günstige Bedingungen für die Entwicklung der industriellen Kooperation zwischen kompetenten Organisationen, Unternehmen und Firmen zu fördern. Zu diesem Zweck und mit dem Ziel, die Bestimmung neuer Möglichkeiten für Projekte der industriellen

dodis.ch/60501

Kooperation zu erleichtern, erkennen sie an, dass es wünschenswert ist, die Bedingungen für die Geschäftstätigkeit und den Austausch wirtschaftlicher und kommerzieller Informationen unter den kompetenten Organisationen, Unternehmen und Firmen, einschliesslich kleiner und mittlerer Unternehmen, weiter zu entwickeln und zu verbessern.

Sie stellen auch fest, dass neue Formen der industriellen Kooperation, einschliesslich solcher mit Organisationen, Institutionen und Firmen dritter Länder, in Aussicht genommen werden können, falls dies im gegenseitigen Interesse der potentiellen Partner liegt.

Sie empfehlen, dass die ECE danach strebt und fortfährt, besondere Aufmerksamkeit ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der industriellen Kooperation zu widmen, unter anderem indem sie ihre Bemühungen weiterhin auf die Prüfung von Wegen zur Förderung günstiger Bedingungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet richtet, einschliesslich der Organisation von Symposien und Seminaren.

Die Teilnehmerstaaten erklären ihre Bereitschaft, ihre Anstrengungen, die auf eine breitere Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen am Handel und an der industriellen Kooperation gerichtet sind, fortzuführen. Eingedenk der insbesondere solche Unternehmen betreffenden Probleme werden sich die Teilnehmerstaaten bemühen, die in den vorhergehenden Absätzen behandelten Bedingungen weiter zu verbessern, um die Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen auf den oben erwähnten Gebieten zu erleichtern. Die Teilnehmerstaaten empfehlen ferner, dass die ECE ihre Sonderstudien hinsichtlich dieser Probleme weiter entwickeln möge.

Die Teilnehmerstaaten erkennen die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie an, unter anderem derjenigen mit langfristigem Charakter, sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Grundlage. Sie begrüssen die bisher durch solche Bemühungen erzielten Ergebnisse und insbesondere die von der ECE geleistete Arbeit, und bekunden ihre Unterstützung für die Fortführung der Zusammenarbeit zwischen

dodis.ch/60501

den Hohen Regierungsberatern der ECE-Mitgliedstaaten in Energiefragen, die auf die Erfüllung aller Teile ihres Auftrages gerichtet ist.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ihr Interesse am Abbau und an der Verhinderung technischer Handelsschranken und begrüssen die verstärkte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, unter anderem die Arbeit der für die Normierungspolitik innerhalb der ECE verantwortlichen Regierungsvertreter. Sie werden den Abschluss von internationalen Übereinkünften über Prüfverfahren fördern, die sich gegebenenfalls auf die gegenseitige Zustimmung zu Prüfverfahren erstrecken, welche gegenseitig zufriedenstellende Garantien bieten.

Die Teilnehmerstaaten empfehlen, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Inanspruchnahme von Schiedsverfahren zu erleichtern und ihren Umfang als Mittel zur Beilegung von Streitfällen im internationalen Handel und in der industriellen Kooperation zu erweitern. Sie empfehlen, wenn angebracht, insbesondere die Anwendung der Bestimmungen der Konvention der Vereinten Nationen über die Anerkennung und Durchsetzung ausländischer Schiedssprüche von 1958 sowie einen breiteren Rückgriff auf die Schiedsregeln, die von der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht ausgearbeitet wurden. Sie treten auch dafür ein, dass den Parteien auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte bei der Wahl der Schiedsrichter und des Ortes des Schiedsverfahrens, einschliesslich der Wahl der Schiedsrichter und des Ortes des Schiedsverfahrens in einem dritten Land, Freiheit gewährt wird.

Die Teilnehmerstaaten erkennen die wichtige Rolle des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aller Länder, insbesondere jener an, die sich wirtschaftlich im Entwicklungsstadium befinden. Unter Berücksichtigung der Ziele, welche die betreffenden Länder oder Institutionen in ihren bilateralen und

dodis.ch/60501

multilateralen Beziehungen verfolgen, betonen sie die Notwendigkeit, die Formen und Methoden der Kooperation im Bereich der Wissenschaft und Technik auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und auf der Grundlage des gegenseitigen Einvernehmens und anderer Vereinbarungen weiter zu entwickeln, wie dies in der Schlussakte vorgesehen ist, wie zum Beispiel internationale Programme und kooperative Projekte, wobei sie auch verschiedene Formen von Kontakten, einschliesslich direkter und persönlicher Kontakte, zwischen Wissenschaftlern und Fachleuten sowie von Kontakten und Verbindungen zwischen interessierten Organisationen, wissenschaftlichen und technischen Institutionen und Unternehmen nutzen.

In diesem Zusammenhang erkennen sie den Wert eines verbesserten Austauschs und einer besseren Verbreitung von Informationen über wissenschaftliche und technische Entwicklungen als ein Mittel an, die Prüfung, den Transfer und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften in Bereichen der von den interessierten Seiten vereinbarten Kooperation auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils zu erleichtern.

Die Teilnehmerstaaten empfehlen, dass die ECE im Bereich der Wissenschaft und Technik durch geeignete Mittel und Wege der Ausarbeitung von Studien und praktischen Projekten für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedländern gebührende Beachtung schenken soll.

Ferner kommen die Teilnehmerstaaten überein, eingedenk des einschlägigen Teils des Berichts des "Wissenschaftlichen Forums", die Entwicklung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaft auf bilateraler, multilateraler und subregionaler Ebene zu fördern, unter anderem mit dem Ziel der Verbesserung der Vieh- und Pflanzenzucht und der Sicherung einer optimalen Nutzung und Erhaltung der Wasserressourcen. Zu diesem Zweck werden sie die weitere Zusammenarbeit

dodis.ch/60501

zwischen Forschungseinrichtungen und -zentren in ihren Ländern durch den Austausch von Informationen, die gemeinsame Durchführung von Forschungsprogrammen, die Abhaltung von Treffen zwischen Wissenschaftlern und Fachleuten sowie andere Methoden fördern.

Die Teilnehmerstaaten ersuchen die ECE und andere zuständige internationale Organisationen, die Durchführung dieser Tätigkeiten zu unterstützen und die Möglichkeiten für einen breiteren Austausch wissenschaftlicher und technischer Informationen auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu prüfen.

Die Teilnehmerstaaten begrüssen mit Befriedigung die wichtigen Schritte, die zur Stärkung der Zusammenarbeit im Rahmen der ECE auf dem Gebiet des Umweltschutzes unternommen wurden, einschliesslich des Treffens auf hoher Ebene zum Umweltschutz (13. bis 16. November 1979). Unter gebührender Berücksichtigung der in anderen zuständigen internationalen Organisationen geleisteten oder geplanten Arbeit empfehlen sie die Fortsetzung der diesbezüglichen Bemühungen, darunter:

- vorrangiges Herangehen an die wirksame Durchführung der Bestimmungen der auf dem Treffen auf hoher Ebene angenommenen Entschliessung betreffend grenzüberschreitende Luftverschmutzung über weite Entfernungen,
- die baldige Ratifizierung der auf dem Treffen auf hoher Ebene unterzeichneten Konvention betreffend grenzüberschreitende Luftverschmutzung über weite Entfernungen,
- Durchführung der in der Erklärung über abfallarme und abfallose Technologie und die Wiederverwendung und das Recycling von Abfallstoffen enthaltenen Empfehlungen,
- Durchführung der Beschlüsse B und C der 35. ECE-Tagung betreffend die Erklärung über die Grundsätze der Verhütung und Kontrolle der Wasserverschmutzung, einschliesslich der grenzüberschreitenden Verschmutzung,

dodis.ch/60501

- Unterstützung bei der Durchführung des Arbeitsprogramms der ECE betreffend den Umweltschutz, darunter die auf dem Gebiet des Schutzes von Flora und Fauna laufenden Arbeiten.

Im Zusammenhang mit den Bestimmungen der Schlussakte über Wanderarbeit in Europa stellen die Teilnehmerstaaten fest, dass sich jüngste Entwicklungen der Weltwirtschaft auf die Lage der Wanderarbeiter ausgewirkt haben. In diesem Zusammenhang verleihen die Teilnehmerstaaten ihrem Wunsch Ausdruck, die Aufnahme- und Herkunftsländer mögen im Geiste des beiderseitigen Interesses und der Zusammenarbeit ihre Kontakte verstärken, um die allgemeine Lage der Wanderarbeiter und ihrer Familien, unter anderem den Schutz ihrer Menschenrechte, einschliesslich ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, zu verbessern, wobei insbesondere die speziellen Probleme der zweiten Generation von Wanderarbeitern zu berücksichtigen sind. Sie werden auch bemüht sein, dort, wo eine angemessene Nachfrage besteht, angemessenen Unterricht in der Sprache der Kultur der Herkunftsländer zu bieten oder zu fördern.

Die Teilnehmerstaaten empfehlen, neben anderen Massnahmen zur Erleichterung der sozialen und wirtschaftlichen Wiedereingliederung zurückkehrender Wanderarbeiter durch geeignete gesetzgeberische Massnahmen oder gegenseitige Abkommen die Auszahlung von Pensionsansprüchen sicherzustellen, so wie sie nach dem System sozialer Sicherheit, zu dem solche Arbeiter im Aufnahmeland zugelassen worden sind, erworben oder festgestellt worden sind.

Die Teilnehmerstaaten erkennen weiterhin die Bedeutung an, die die Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches über die Ausbildung von Führungskräften für ihre wirtschaftliche Entwicklung hat. Zu diesem Zweck empfehlen sie, in einem geeigneten bestehenden Rahmen und mit Hilfe interessierter Organisationen, wie zum Beispiel der ECE und der Internationalen Arbeitsorganisation, ein Symposium von Verantwortlichen für in der Ausbildung von Führungskräften für Verwaltung und

dodis.ch/60501

Unternehmen spezialisierte Dienststellen und Einrichtungen durchzuführen, um Informationen über Probleme und Methoden dieser Ausbildung auszutauschen, Erfahrungen zu vergleichen und die Entwicklung von Beziehungen zwischen den betreffenden Zentren zu ermutigen.

Die Teilnehmerstaaten begrüssen den wertvollen Beitrag der ECE hinsichtlich der multilateralen Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt. Im Bewusstsein des Potentials der ECE zur Intensivierung der Zusammenarbeit in diesen Bereichen empfehlen sie die breiteste Nutzung der vorhandenen Mechanismen und Ressourcen, um die Durchführung der einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte im Interesse ihrer Mitgliedländer, einschliesslich jener innerhalb der ECE-Region, die sich wirtschaftlich im Entwicklungsstadium befinden, fortzusetzen und zu festigen.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen unter Berücksichtigung ihres in den Bestimmungen der Schlussakte zum Ausdruck gebrachten Willens die Entschlossenheit eines jeden von ihnen, stabile und ausgewogene internationale Wirtschaftsbeziehungen im gegenseitigen Interesse aller Staaten zu fördern und in diesem Geiste in gerechter Weise an der Förderung und Festigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten unter ihnen, teilzunehmen. Ausserdem stellen sie die Nützlichkeit fest, in Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern unter anderem konkrete Projekte zu identifizieren und auszuführen, um zur wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern beizutragen.

Sie erklären auch ihre Bereitschaft, zu den gemeinsamen Bemühungen zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen sowie zur Verwirklichung der Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade

dodis.ch/60501

der Vereinten Nationen in der angenommenen Form. Sie erkennen die Bedeutung des Beginns gegenseitig vorteilhafter und angemessen vorbereiteter globaler Verhandlungen bezüglich internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit für Entwicklung an.

dodis.ch/60501

FRAGEN DER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IM MITTELMEERRAUM

Die Teilnehmerstaaten, in Anbetracht der Tatsache, dass die Sicherheit in Europa, gesehen im weiteren Zusammenhang der Sicherheit der Welt, mit der Sicherheit im Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit eng verbunden ist, bekräftigen ihre Absicht, zum Frieden, zur Sicherheit und zur Gerechtigkeit in der Mittelmeerregion beizutragen;

Sie geben ferner ihrem Willen Ausdruck,

- positive Schritte zu unternehmen, um die Spannungen zu vermindern und die Stabilität, die Sicherheit und den Frieden im Mittelmeerraum zu stärken und zu diesem Zweck ihre Anstrengungen zu erhöhen, um mit friedlichen Mitteln gerechte, lebensfähige und dauerhafte Lösungen für entscheidende offene Fragen zu finden, ohne Anwendung von Gewalt oder anderer mit den Prinzipien der Schlussakte nicht zu vereinbarender Mittel, um Vertrauen und Sicherheit zu stärken und dafür Sorge zu tragen, dass in der Region Frieden herrscht;
- Massnahmen zu ergreifen, die darauf gerichtet sind, Vertrauen und Sicherheit zu stärken;
- gutnachbarliche Beziehungen mit allen Staaten in der Region unter gebührender Berücksichtigung der Gegenseitigkeit und im Geiste der Prinzipien zu entwickeln, welche in der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten der Schlussakte leiten, enthalten sind;
- weiterhin die Möglichkeit von ad hoc Treffen von Mittelmeerländern zu prüfen, mit dem Ziel, die Sicherheit zu stärken und die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum zu intensivieren.

dodis.ch/60501

Ausserdem werden die Teilnehmerstaaten im Rahmen der Durchführung des Berichts von Valletta die Möglichkeiten erwägen, die sich durch neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Infrastruktur des Transportwesens zur Erleichterung eines neuen Handels- und Industrieaustausches sowie durch die Verbesserung bestehender Verkehrsnetze und durch eine umfassendere Koordinierung von Investitionen auf dem Gebiet des Transportwesens zwischen interessierten Partnern bieten. In diesem Zusammenhang empfehlen sie, im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa eine Studie vorzunehmen, um die derzeitigen und potentiellen Verkehrsströme im Mittelmeerraum festzustellen, die sich auf die Teilnehmerstaaten und andere Staaten dieser Region erstrecken, wobei auf diesem Gebiet bereits laufende Arbeiten zu berücksichtigen sind. Des weiteren werden sie die Frage der in Übereinstimmung mit den bestehenden IMO-Vorschriften erfolgenden Einführung oder Ausdehnung der Anwendung geeigneter technischer Methoden zur Unterstützung der maritimen Navigation, vor allem in Meerengen, erwägen.

Sie nehmen ferner mit Befriedigung Kenntnis von den Ergebnissen des Expertentreffens, das in Valletta zum Thema der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen des Kapitels der Schlussakte betreffend den Mittelmeerraum abgehalten wurde. Sie bekräftigen die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Berichts dieses Treffens und kommen überein, sich demgemäss davon leiten zu lassen. Sie nehmen ebenfalls von laufenden Bemühungen Kenntnis, die darauf gerichtet sind, diese, soweit angemessen, durchzuführen. Zu diesem Zweck kommen die Teilnehmerstaaten überein, auf Einladung der Regierung Italiens ein vom 16. bis 26. Oktober 1984 abzuhaltendes Seminar nach Venedig einzuberufen, um die bereits unternommenen oder geplanten Initiativen in allen im Bericht des Treffens von Valletta umrissenen Bereichen zu prüfen und, soweit erforderlich, umfassendere Entwicklungen in diesen Bereichen anzuregen.

dodis.ch/60501

Vertreter der zuständigen internationalen Organisationen und Vertreter der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten werden gemäss den auf dem Treffen von Valletta angenommenen Regeln und Verfahren zu diesem Seminar eingeladen.*)

---

*) Die Organisierung des Seminars von Venedig ist in der Erklärung des Vorsitzenden vom 6. September 1983 (siehe Anhang I) dargelegt.

dodis.ch/60501

ZUSAMMENARBEIT IN HUMANITÄREN UND ANDEREN BEREICHEN

Die Teilnehmerstaaten,

Eingedenk der einleitenden Abschnitte des Kapitels der Schlussakte über Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen einschliesslich jener betreffend die Entwicklung der gegenseitigen Verständigung zwischen ihnen und Entspannung sowie jener betreffend Fortschritte beim Austausch auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, eine grössere Verbreitung von Information, Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Probleme,

Entschlossen, die Zusammenarbeit in diesen Bereichen fortzusetzen und zu erweitern und eine umfassendere Nutzung der durch die Schlussakte gebotenen Möglichkeiten zu erreichen,

Sind übereingekommen, nunmehr das Folgende durchzuführen:

Menschliche Kontakte

Die Teilnehmerstaaten werden Gesuche in bezug auf Kontakte und regelmässige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Bindungen, auf Familienzusammenführung und auf Eheschliessung zwischen Bürgern verschiedener Staaten wohlwollend behandeln und im gleichen Geiste über sie entscheiden.

Sie werden über diese Gesuche bei Familienbegegnungen in Dringlichkeitsfällen so zügig wie möglich, bei Familienzusammenführung und Eheschliessung zwischen Bürgern verschiedener Staaten im Normalfall innerhalb von sechs Monaten und bei anderen Familienbegegnungen innerhalb allmählich kürzer werdender Fristen entscheiden.

dodis.ch/60501

Sie bestätigen, dass die Einreichung oder erneute Einreichung von Gesuchen in diesen Fällen zu keiner Veränderung der Rechte und Pflichten der Gesuchsteller oder ihrer Familienmitglieder unter anderem hinsichtlich Beschäftigung, Wohnung, Aufenthaltsstatus, Familienunterstützung, Zugang zu Leistungen auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet oder in der Bildung sowie jedweder anderer sich aus den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Teilnehmerstaates ergebenden Rechte und Pflichten führen wird.

Die Teilnehmerstaaten werden die notwendigen Informationen über die von Gesuchstellern in diesen Fällen zu befolgenden Verfahren und über die einzuhaltenden Vorschriften geben sowie auf Ersuchen des Gesuchstellers die einschlägigen Formulare zur Verfügung stellen.

Sie werden, wo notwendig, im Zusammenhang mit diesen Gesuchen erhobene Gebühren, einschliesslich derjenigen für Visa und Pässe, allmählich verringern, um sie auf eine im Verhältnis zum durchschnittlichen Monatseinkommen in dem betreffenden Teilnehmerstaat angemessene Höhe zu bringen.

Gesuchsteller werden von der getroffenen Entscheidung so zügig wie möglich in Kenntnis gesetzt. Im Falle einer Ablehnung werden die Gesuchsteller auch von ihrem Recht auf erneute Einreichung von Gesuchen nach angemessen kurzen Zeitabständen in Kenntnis gesetzt.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ihre Verpflichtung, die Bestimmungen hinsichtlich diplomatischer und anderer offizieller Missionen und konsularischer Stellen anderer Teilnehmerstaaten, welche in einschlägigen multilateralen oder bilateralen Konventionen enthalten sind, in vollem Umfang durchzuführen und das normale Funktionieren jener Missionen zu erleichtern. Der Zugang von Besuchern zu diesen Missionen wird unter gebührender Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheitsbedürfnisse dieser Missionen gewährleistet.

dodis.ch/60501

Sie bekräftigen ebenfalls ihre Bereitschaft, innerhalb ihrer Zuständigkeit angemessene Schritte, einschliesslich - dann, wenn angebracht - notwendiger Sicherheitsmassnahmen, zu unternehmen, um zufriedenstellende Bedingungen für Tätigkeiten im Rahmen der gegenseitigen Zusammenarbeit innerhalb ihres Territoriums zu gewährleisten, an denen Bürger anderer Teilnehmerstaaten beteiligt sind, wie z.B. für sportliche und kulturelle Veranstaltungen.

Die Teilnehmerstaaten werden sich bemühen, wo angebracht, die Bedingungen in bezug auf rechtlichen und konsularischen Beistand sowie auf medizinische Betreuung für Bürger anderer Teilnehmerstaaten, die sich aus persönlichen oder beruflichen Gründen zeitweilig innerhalb ihres Territoriums befinden, zu verbessern, wobei sie einschlägige multilaterale oder bilaterale Konventionen oder Abkommen gebührend berücksichtigen.

Sie werden die einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte weiter durchführen, so dass religiöse Bekenntnisse, Institutionen und Organisationen und deren Vertreter in den Bereichen ihrer Tätigkeit untereinander Kontakte und Treffen entwickeln sowie Informationen austauschen können.

Die Teilnehmerstaaten werden Kontakte und den Austausch unter der Jugend ermutigen und die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen ihren Jugendorganisationen fördern. Sie werden für die Durchführung von Bildungs-, Kultur- und anderen vergleichbaren Veranstaltungen und Aktivitäten unter der Jugend und zwischen Jugendorganisationen eintreten. Ebenfalls werden sie für die Untersuchung von Problemen in bezug auf die jüngere Generation eintreten. Die Teilnehmerstaaten werden die Entwicklung des individuellen oder kollektiven Jugendtourismus, wenn notwendig auf der Grundlage von Vereinbarungen, fördern, indem sie unter anderem zur Gewährung geeigneter Erleichterungen seitens der Verkehrsbehörden und Tourismusorganisationen der Teilnehmerstaaten oder solcher Erleichterungen wie derjenigen ermutigen, welche durch die am System "Inter-Rail" teilnehmenden Eisenbahnbehörden geboten werden.

dodis.ch/60501

Information

Die Teilnehmerstaaten werden weiterhin die freiere und weitere Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinendem gedrucktem Material, welches aus anderen Teilnehmerstaaten eingeführt wird, sowie eine Erhöhung der Anzahl von Stellen, an denen diese Veröffentlichungen zum allgemeinen Verkauf aufliegen, fördern. Diese Veröffentlichungen werden auch in Lesesälen in grossen öffentlichen Bibliotheken und ähnlichen Institutionen zugänglich sein.

Insbesondere werden die Teilnehmerstaaten zur Erleichterung einer besseren Verbreitung gedruckter Informationen Kontakte und Verhandlungen zwischen ihren kompetenten Firmen und Organisationen zum Zweck des Abschlusses langfristiger Vereinbarungen und Verträge mit dem Ziel einer Erhöhung der Mengen und der Anzahl der Titel von Zeitungen und anderen Veröffentlichungen, die aus anderen Teilnehmerstaaten eingeführt werden, fördern. Sie halten es für wünschenswert, dass die Verkaufspreise ausländischer Veröffentlichungen im Verhältnis zu den Preisen in ihren Herkunftsländern nicht überhöht sind.

Sie bestätigen ihre Absicht, gemäss den einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte die der Öffentlichkeit gebotenen Bezugsmöglichkeiten für Abonnements zu erweitern.

Sie werden die weitere Ausdehnung der Zusammenarbeit zwischen den Massenmedien und ihren Vertretern, insbesondere zwischen dem Redaktionspersonal von Presseagenturen, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehorganisationen sowie von Filmgesellschaften fördern. Sie werden einen regelmässigeren Austausch von Nachrichten, Artikeln, Beilagen und Sendungen sowie den Austausch von Redaktionspersonal für die bessere Kenntnis der jeweiligen praktischen Arbeit fördern. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit werden sie die materiellen und technischen Hilfsmittel verbessern, die ständig oder zeitweilig akkreditierten Fernseh- und Rundfunkberichterstattern gewährt werden. Ferner werden sie direkte Kontakte unter Journalisten sowie Kontakte im Rahmen von Berufsorganisationen erleichtern.

dodis.ch/60501

Sie werden ohne ungebührliche Verzögerung über Visaanträge von Journalisten entscheiden und abgelehnte Gesuche innerhalb einer angemessenen Frist erneut prüfen. Ferner werden Journalisten, welche aus persönlichen Gründen und nicht zum Zweck der Berichterstattung Reisen unternehmen wollen, die gleiche Behandlung geniessen wie andere Besucher aus ihrem Herkunftsland.

Sie werden ständigen Korrespondenten sowie mit ihnen zusammenlebenden Familienmitgliedern Visa für mehrfache Ein- und Ausreise mit Gültigkeit für ein Jahr gewähren.

Die Teilnehmerstaaten werden die Möglichkeit prüfen, Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten, die in Drittländern ständig akkreditiert sind, Akkreditierungen und damit verbundene Erleichterungen zu gewähren, soweit erforderlich auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen.

Sie werden Reisen von Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten innerhalb ihrer Territorien erleichtern, unter anderem indem sie, soweit erforderlich, konkrete Massnahmen ergreifen, um ihnen Gelegenheiten zu ausgedehnteren Reisen zu bieten, ausgenommen in Gebiete, die aus Sicherheitsgründen gesperrt sind. Wann immer möglich, werden sie Journalisten im voraus informieren, sofern neue Gebiete aus Sicherheitsgründen gesperrt sind.

Sie werden weiterhin die Möglichkeiten vermehren und erforderlichenfalls die Bedingungen verbessern, damit Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten persönliche Kontakte und Verbindungen zu ihren Quellen herstellen und aufrechterhalten können.

Sie werden in der Regel Rundfunk- und Fernsehjournalisten auf deren Ersuchen ermächtigen, sich von ihren eigenen Ton- und Filmtechnikern begleiten zu lassen und ihre eigene Ausrüstung zu verwenden.

dodis.ch/60501

Desgleichen dürfen Journalisten Dokumentationsmaterial, einschliesslich persönlicher Aufzeichnungen und Unterlagen, das ausschliesslich für ihre beruflichen Zwecke verwendet wird, mit sich führen.*)

Die Teilnehmerstaaten werden erforderlichenfalls in ihren Hauptstädten die Einrichtung und den Betrieb von Pressezentren oder die gleichen Funktionen ausübenden Institutionen, die der in- und ausländischen Presse mit geeigneten Arbeitseinrichtungen für letztere zugänglich sind, erleichtern.

Sie werden ferner weitere Mittel und Wege in Betracht ziehen, um Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten behilflich zu sein und es ihnen so zu ermöglichen, gegebenenfalls auftretende praktische Probleme zu lösen.

Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Kultur

Sie werden sich bemühen, durch geeignete Massnahmen einschlägige Informationen über die durch bilaterale Kulturabkommen und -programme gebotenen Möglichkeiten interessierten Personen, Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen zugänglich zu machen, und damit ihre wirksame Durchführung erleichtern.

Die Teilnehmerstaaten werden die umfassendere Verbreitung von Büchern, Filmen und anderen aus den anderen Teilnehmerstaaten stammenden Formen und Mitteln des kulturellen Ausdrucks sowie den Zugang zu ihnen weiterhin fördern, indem sie zu diesem Zweck mit geeigneten Mitteln auf bilateraler

---

*) In diesem Zusammenhang gilt, dass die Einfuhr gedruckten Materials örtlichen Vorschriften unterworfen sein kann, welche unter gebührender Berücksichtigung des Bedarfs der Journalisten an angemessenem Arbeitsmaterial angewendet werden.

dodis.ch/60501

und multilateraler Grundlage die Bedingungen für den internationalen gewerblichen und nichtgewerblichen Austausch ihrer Kulturgüter verbessern, unter anderem durch allmähliche Senkung der für diese Güter geltenden Zölle.

Die Teilnehmerstaaten werden sich bemühen, die Übersetzung, Veröffentlichung und Verbreitung von Werken auf dem Gebiet der Literatur und in anderen Bereichen der kulturellen Tätigkeit aus anderen Teilnehmerstaaten, besonders der in den weniger verbreiteten Sprachen geschaffenen, zu fördern, indem sie die Zusammenarbeit zwischen Verlagen erleichtern, insbesondere durch den Austausch von Listen von Büchern, die für Übersetzungen in Betracht kommen, sowie von anderen einschlägigen Informationen.

Sie werden zur Entwicklung von Kontakten, der Zusammenarbeit und von gemeinschaftlichen Projekten zwischen den Teilnehmerstaaten hinsichtlich des Schutzes, der Wahrung und Erfassung des historischen Erbes und historischer Monumente sowie der Beziehung zwischen dem Menschen, der Umwelt und diesem Erbe beitragen; sie bekunden ihr Interesse an der Möglichkeit, im Rahmen der UNESCO eine zwischenstaatliche Konferenz über diese Fragen einzuberufen.

Die Teilnehmerstaaten werden ihre Rundfunk- und Fernsehorganisationen dazu ermutigen, die Darstellung der kulturellen und künstlerischen Leistungen anderer Teilnehmerstaaten auf der Grundlage bilateraler und multilateraler Vereinbarungen zwischen diesen Organisationen weiter auszubauen, in denen unter anderem der Austausch von Informationen über Produktionen, die Übertragung von Unterhaltungssendungen und Programmen aus anderen Teilnehmerstaaten, Koproduktionen, die Einladung von Gastdirigenten und -regisseuren sowie die Gewährung gegenseitiger Unterstützung für Aufnahmeteams von Kulturfilmen vorgesehen sind.

dodis.ch/60501

Auf Einladung der Regierung Ungarns wird in Budapest, beginnend am 15. Oktober 1985, ein "Kulturforum" stattfinden. Führende Persönlichkeiten der Teilnehmerstaaten aus dem Bereich der Kultur werden daran teilnehmen. Das "Forum" wird zusammenhängende Probleme des Schaffens, der Verbreitung und der Zusammenarbeit, einschliesslich der Förderung und Ausweitung der Kontakte und des Austausches in den verschiedenen Bereichen der Kultur, erörtern. Ein Vertreter der UNESCO wird eingeladen werden, dem "Forum" die Ansichten dieser Organisation darzulegen. Das "Forum" wird durch ein Expertentreffen vorbereitet, dessen Dauer höchstens zwei Wochen betragen und das auf Einladung der Regierung Ungarns in Budapest, beginnend am 21. November 1984, stattfinden wird.

Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Bildung

Die Teilnehmerstaaten werden im Bereich der Bildung und Wissenschaft das Zustandekommen von staatlichen und nichtstaatlichen Vereinbarungen und Abkommen fördern, die unter Beteiligung von Bildungs- oder anderen zuständigen Institutionen durchgeführt werden.

Die Teilnehmerstaaten werden zur weiteren Verbesserung des Austausches von Studenten, Lehrern und Wissenschaftlern und ihres Zugangs zu den Bildungs-, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen eines jeden anderen Teilnehmerstaates sowie ihres Zugangs, gemäss den in jedem einzelnen Land geltenden Gesetzen und Vorschriften, zu offenem Informationsmaterial beitragen. In diesem Zusammenhang werden sie Reisen von Wissenschaftlern, Lehrern und Studenten innerhalb des Empfangsstaates sowie die Herstellung von Kontakten durch sie zu ihren Kollegen erleichtern und werden auch Bibliotheken, Hochschuleinrichtungen und ähnliche Institutionen auf ihren Territorien ermutigen, Kataloge und Listen offenen Archivmaterials aufzustellen, das Wissenschaftlern, Lehrern und Studenten aus anderen Teilnehmerstaaten zugänglich ist.

dodis.ch/60501

Sie werden einen regelmässigeren Austausch von Informationen über wissenschaftliche Ausbildungsprogramme, Kurse und Seminare für junge Wissenschaftler fördern und eine breitere Teilnahme junger Wissenschaftler aus verschiedenen Teilnehmerstaaten an diesen Tätigkeiten erleichtern. Sie werden die einschlägigen nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen auffordern, soweit angemessen die Durchführung dieser Ausbildungstätigkeiten zu unterstützen.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten stellten die Nützlichkeit der während des "Wissenschaftlichen Forums" geleisteten Arbeit fest, das vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg, Bundesrepublik Deutschland, stattfand. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des "Wissenschaftlichen Forums" ersuchten die Teilnehmerstaaten internationale Organisationen sowie die wissenschaftlichen Organisationen und die Wissenschaftler der Teilnehmerstaaten, dessen Schlussfolgerungen und Empfehlungen gebührende Beachtung zu schenken.

Die Teilnehmerstaaten werden die Erweiterung der Möglichkeiten der Lehre und des Studiums der weniger verbreiteten oder gelernten europäischen Sprachen begünstigen. Zu diesem Zweck werden sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Einrichtung und den Besuch von Sommer-Universitätskursen und anderen Kursen, die Gewährung von Stipendien für Übersetzer und den Ausbau von Sprachfakultäten, erforderlichenfalls einschliesslich der Schaffung neuer Einrichtungen zum Studium dieser Sprachen, anregen.

Die Teilnehmerstaaten geben ihrer Bereitschaft Ausdruck, untereinander und innerhalb zuständiger internationaler Organisationen, den Austausch von Lehrmaterial, Schulbüchern, Landkarten, Bibliographien und anderem pädagogischem Material zu verstärken, um eine bessere gegenseitige Kenntnis zu fördern und eine umfassendere Darstellung ihrer jeweiligen Länder zu erleichtern.

dodis.ch/60501

FOLGEN DER KONFERENZ

In Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte und mit ihrer Entschlossenheit sowie ihrer Verpflichtung, den durch die KSZE eingeleiteten multilateralen Prozess fortzusetzen, werden die Teilnehmerstaaten regelmässig weitere Treffen zwischen ihren Vertretern abhalten.

Das dritte dieser Treffen wird ab 4. November 1986 in Wien stattfinden.

Die Tagesordnung, das Arbeitsprogramm und die Modalitäten des Haupttreffens in Madrid werden sinngemäss auf das Haupttreffen in Wien angewendet, sofern nicht andere Beschlüsse über diese Fragen von dem nachstehend erwähnten Vorbereitungstreffen gefasst werden.

Zum Zweck der Anpassung der Tagesordnung, des Arbeitsprogramms und der Modalitäten des Haupttreffens in Madrid wird ab 23. September 1986 in Wien ein Vorbereitungstreffen abgehalten. Es besteht Einvernehmen darüber, dass in diesem Zusammenhang Anpassungen diejenigen Punkte betreffen, die aufgrund der Änderung des Zeitpunktes und Ortes, des Ziehens von Losen und der Erwähnung anderer in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Madrider Treffens 1980 abgehaltener Treffen einer Änderung bedürfen. Die Dauer des Vorbereitungstreffens soll zwei Wochen nicht überschreiten.

Die Teilnehmerstaaten beschliessen ferner, dass der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE im Jahre 1985 in Helsinki gebührend begangen wird.

Die Dauer der in diesem Dokument erwähnten Treffen sollte, sofern nicht anders vereinbart, sechs Wochen nicht überschreiten. Die Ergebnisse dieser Treffen werden, soweit angemessen, bei dem Folgetreffen in Wien berücksichtigt.

dodis.ch/60501

Alle obengenannten Treffen werden in Übereinstimmung mit Absatz 4 des Kapitels "Folgen der Konferenz" der Schlussakte abgehalten.

Die Regierung Spaniens wird gebeten, das vorliegende Dokument dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Generaldirektor der UNESCO und dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa zu übermitteln. Die Regierung Spaniens wird gleichfalls gebeten, das vorliegende Dokument den Regierungen der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten zu übermitteln.

Der Text dieses Dokuments wird in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht, der ihn so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntmacht.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten bekunden gegenüber dem Volk und der Regierung Spaniens ihren tief empfundenen Dank für die ausgezeichnete Organisation des Madrider Treffens und die den am Treffen teilnehmenden Delegationen gewährte herzliche Gastfreundschaft.

Madrid, den 6. September 1983

dodis.ch/60501

ERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN

SEMINAR VON VENEDIG ÜBER WIRTSCHAFTLICHE, WISSENSCHAFTLICHE UND KULTURELLE ZUSAMMENARBEIT IM MITTELMEERRAUM IM RAHMEN DER ERGEBNISSE DES EXPERTENTREFFENS VON VALLETTA

Das Seminar beginnt am Dienstag, dem 16. Oktober 1984, um 10.00 Uhr in Venedig, Italien. Es endet am Freitag, dem 26. Oktober 1984.

Die Arbeit des Seminars wird von einem Koordinierungsausschuss, der sich aus den Delegationen der Teilnehmerstaaten zusammensetzt, geleitet und in drei Studiengruppen aufgeteilt, die sich jeweils mit Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur befassen.

Für die ersten drei Tage des Seminars sind sechs Sitzungen des Ausschusses vorgesehen.

Die erste Sitzung des Ausschusses ist öffentlich und dient der Eröffnung des Seminars, an die sich eine Ansprache eines Vertreters des Gastgeberlandes anschliesst.

Die zweite Sitzung des Ausschusses entscheidet darüber, ob weitere Sitzungen der Teilnehmerstaaten abzuhalten sind, um die Arbeit der Studiengruppen zu leiten und andere für das Seminar notwendige Beschlüsse zu fassen.

Die folgenden vier Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich und für die einführenden Erklärungen der Vertreter der Teilnehmerstaaten, die dies wünschen (in einer zuvor durch Los bestimmten Reihenfolge), und für einführende Erklärungen der Vertreter der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten sowie der eingeladenen internationalen Organisationen vorgesehen. Die Erklärungen sollen pro Delegation zehn Minuten nicht überschreiten.

dodis.ch/60501

Beginnend am vierten Tag, werden an den nachfolgenden dreieinhalb Arbeitstagen gleichzeitig Sitzungen der drei Studiengruppen abgehalten.

Für die letzten anderthalb Tage sind drei Sitzungen des Ausschusses vorgesehen. In zwei Sitzungen wird über die zweckmässigste Nutzung der Dokumentation entschieden, die im Verlauf der Arbeit über die im Bericht von Valletta aufgezeigten spezifischen Bereiche vorgelegt wurde, wie etwa die Veröffentlichung der einführenden Erklärungen und die Verteilung der Studien an die einschlägigen internationalen Organisationen. Des weiteren werden andere notwendige Beschlüsse gefasst.

Die letzte Sitzung des Ausschusses ist öffentlich und dient dem offiziellen Abschluss des Seminars mit einer Ansprache eines Vertreters des Gastgeberlandes.

Den Vorsitz bei den Eröffnungs- und Schlussitzungen sowohl des Ausschusses als auch der Studiengruppen führt ein Vertreter der Delegation des Gastgeberlandes. Im Übrigen wechselt der Vorsitz unter den Vertretern der Teilnehmerstaaten täglich in der Reihenfolge des französischen Alphabets, ausgehend von einer Ermittlung durch Los.

Die Teilnahme der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten (Algerien, Ägypten, Israel, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien) und der eingeladenen internationalen Organisationen (UNESCO, EGE, UNEP, WHO, ITU) an der Arbeit des Seminars erfolgt nach den in Valletta angenommenen Regeln und Verfahrensweisen. Das bedeutet unter anderem, dass sie an der Arbeit der drei Studiengruppen und an den am zweiten und dritten Tag stattfindenden vier Sitzungen des Ausschusses sowie an dessen Eröffnungs- und Schlussitzung teilnehmen werden.

dodis.ch/60501

Beiträge zu den zur Debatte stehenden Themen in einer oder mehreren Arbeitssprachen der KSZE können dem Exekutivsekretär auf geeignetem Wege - möglichst nicht später als drei Monate vor der Eröffnung des Seminars - zugesandt werden, der sie an die anderen Teilnehmerstaaten und die nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten sowie an jene internationalen Organisationen weiterleitet, welche ihre Absicht zur Teilnahme bekundet haben.

Die italienische Regierung bestimmt den Exekutivsekretär des Seminars. Diese Ernennung bedarf der Zustimmung der Teilnehmerstaaten. Das technische Sekretariat wird vom Gastgeberland gestellt.

Andere Verfahrens- und Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten der KSZE werden sinngemäss auf das Seminar angewendet.

Die oben dargelegten Abmachungen bilden keinen Präzedenzfall für irgendein anderes Forum der KSZE.

Madrid, den 6. September 1983

dodis.ch/60501

ERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN

BERNER EXPERTENTREFFEN ÜBER MENSCHLICHE KONTAKTE

Der Vorsitzende stellt fest, dass zu der vom Vertreter der Schweiz am 15. Juli 1983 abgegebenen Erklärung über eine Einladung der Schweizerischen Regierung zur Abhaltung eines Expertentreffens über menschliche Kontakte kein Einwand besteht. Der Vorsitzende stellt folglich Einigung darüber fest, ein solches Treffen zur Erörterung der Entwicklung von Kontakten zwischen Personen, Institutionen und Organisationen einzuberufen, unter gebührender Berücksichtigung des einführenden Teiles des Kapitels der Schlussakte mit dem Titel Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen sowie des einführenden Teiles von Abschnitt eins (Menschliche Kontakte) dieses Kapitels, der unter anderem folgendermassen lautet:

"Die Teilnehmerstaaten,

In der Erwägung, dass die Entwicklung von Kontakten ein wichtiges Element bei der Stärkung freundschaftlicher Beziehungen und des Vertrauens zwischen den Völkern ist,

In Bekräftigung der Bedeutung, die sie bei ihren gegenwärtigen Bemühungen, die Bedingungen in diesem Bereich zu verbessern, humanitären Erwägungen beimessen,

In dem Wunsch, in diesem Geist weitere Bemühungen im Zuge der Entspannung zu entwickeln, um weitergehenden Fortschritt auf diesem Gebiet zu erzielen;....."

Das Treffen wird am 15. April 1986 in Bern beginnen. Seine Dauer wird sechs Wochen nicht Überschreiten. Dem Treffen werden vorbereitende Konsultationen vorangehen, die ab 2. April 1986 in Bern stattfinden. Die Ergebnisse des Treffens werden, soweit angemessen, bei dem Folgetreffen in Wien berücksichtigt.

dodis.ch/60501

Die Schweizerische Regierung wird den Exekutivsekretär des Treffens bestimmen. Diese Ernennung bedarf der Zustimmung durch die Teilnehmerstaaten. Die Dienste eines technischen Sekretariats werden vom Gastgeberland gestellt.

Andere Verfahrens- und Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten der KSZE werden sinngemäss auf das Berner Treffen angewendet.

Der Vorsitzende stellt ferner fest, dass diese Erklärung einen Anhang zum Abschliessenden Dokument des Madrider Treffens bilden und mit ihm veröffentlicht werden wird.

Madrid, den 6. September 1983

dodis.ch/60501

DOCUMENT DE CLOTURE

DE LA REUNION DE MADRID 1980 DES REPRESENTANTS DES ETATS AYANT PARTICIPE A LA CONFERENCE SUR LA SECURITE ET LA COOPERATION EN EUROPE, TENUE CONFORMEMENT AUX DISPOSITIONS DE L'ACTE FINAL RELATIVES AUX SUITES DE LA CONFERENCE

Les représentants des Etats ayant participé à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe se sont réunis à Madrid du 11 novembre 1980 au 9 septembre 1983, conformément aux dispositions de l'Acte final relatives aux Suites de la Conférence et sur la base des autres documents pertinents adoptés au cours du processus de la CSCE.

Les participants ont entendu le 12 novembre 1980 une allocution du Premier ministre espagnol.

Des déclarations d'ouverture ont été faites par tous les chefs de délégation, qui comprenaient les ministres ou ministres adjoints des Affaires étrangères de certains Etats participants. Certains ministres des Affaires étrangères ont également pris ultérieurement la parole.

Des contributions ont été apportées par des représentants de la Commission économique pour l'Europe (CEE/ONU) et de l'UNESCO.

Des contributions ont été également apportées par des représentants des Etats méditerranéens non participants suivants : Algérie, Egypte, Israël, Maroc et Tunisie.

dodis.ch/60501

Les représentants des Etats participants ont souligné la grande importance politique de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe et du processus amorcé par celle-ci ainsi que des voies et moyens qu'elle offre aux Etats de poursuivre leurs efforts visant à accroître la sécurité, à développer la coopération et à renforcer la compréhension mutuelle en Europe. Ils ont par conséquent réaffirmé leur engagement à l'égard du processus de la CSCE et souligné l'importance de la mise en oeuvre de toutes les dispositions et du respect de tous les principes de l'Acte final par chacun d'entre eux, comme étant essentiels pour le développement de ce processus. En outre, ils ont souligné l'importance qu'ils attachent à la sécurité et à une véritable détente, non sans déplorer la détérioration de la situation internationale depuis la Réunion de Belgrade 1977.

Par conséquent, les Etats participants sont convenus qu'il faudrait faire de nouveaux efforts pour donner plein effet à l'Acte final au moyen d'une action concrète, unilatérale, bilatérale et multilatérale, afin de restaurer le crédit et la confiance entre les Etats participants, ce qui permettrait d'améliorer considérablement leurs relations mutuelles. Ils ont estimé que l'avenir du processus de la CSCE nécessitait des progrès équilibrés dans tous les chapitres de l'Acte final.

Conformément au mandat stipulé dans l'Acte final et à l'ordre du jour de la Réunion de Madrid, les représentants des Etats participants ont procédé à un échange de vues approfondi portant à la fois sur la mise en oeuvre des dispositions de l'Acte final et sur l'exécution des tâches définies par la Conférence ainsi que, dans le contexte des questions traitées par celle-ci, su l'approfondissement de leurs relations mutuelles, l'amélioration de la sécurit et le développement de la coopération en Europe et le développement du process de la détente à l'avenir.

Il a été confirmé qu'un tel échange de vues approfondi constitue en lui-même une contribution de valeur pour atteindre les objectifs fixés par la CSCE. A cet égard, il a été entendu que ces objectifs ne peuvent être atteint

dodis.ch/60501

que par une mise en oeuvre constante, sur les plans unilatéral, bilatéral et multilatéral, de toutes les dispositions et par le respect de tous les principes de l'Acte final.

Au cours de cet échange de vues, des opinions différentes et parfois contradictoires ont été exprimées quant au degré atteint jusqu'à ce jour dans la mise en oeuvre de l'Acte final par les Etats participants. Tout en constatant certains progrès, ils ont exprimé leurs préoccupations quant aux déficiences sérieuses dans la mise en oeuvre de ce document.

Des appréciations critiques découlant de points de vue différents ont été formulées concernant l'application et le respect des principes de l'Acte final. Des violations graves de certains de ces principes ont été déplorées au cours de cette évaluation. C'est pourquoi les Etats participants, représentés parfois à un niveau supérieur, ont à différents stades de la Réunion estimé nécessaire de déclarer que la stricte application et le respect de ces principes sous tous leurs aspects sont essentiels pour l'amélioration des relations mutuelles entre les Etats participants.

Il a été souligné aussi que les relations des Etats participants avec tous les autres Etats devraient se dérouler dans l'esprit desdits principes.

Une inquiétude a été exprimée quant à la persistance du manque de confiance entre les Etats participants.

La préoccupation qu'inspire la propagation du terrorisme a été aussi exprimée.

La mise en oeuvre des dispositions de l'Acte final concernant les mesures de confiance, la coopération dans les domaines de l'économie, de la science et de la technique, et de l'environnement ainsi que la coopération dans les domaines humanitaires et autres, a été discutée à fond. Il a été estimé qu'il n'a pas été fait suffisamment usage des nombreuses possibilités qu'offre l'Acte final. Les questions relatives à la sécurité et à la coopération en Méditerranée ont été discutées également.

dodis.ch/60501

Les Etats participants ont confirmé leur engagement en faveur de la poursuite du processus de la CSCE, tel qu'il en a été convenu au chapitre de l'Acte final qui traite des Suites de la Conférence.

Les représentants des Etats participants ont pris note des rapports des réunions d'experts et du "Forum scientifique" et ils ont, au cours de leurs délibérations, pris en considération les résultats de ces réunions.

Les représentants des Etats participants ont examiné toutes les propositions présentées concernant les questions précitées et sont convenus de ce qui suit :

dodis.ch/60501

QUESTIONS RELATIVES A LA SECURITE EN EUROPE

Les Etats participants déclarent qu'ils sont résolus à

- déployer de nouveaux efforts pour faire de la détente un processus tout à la fois effectif, continu, de plus en plus viable et global, de portée universelle, comme ils s'y sont engagés en vertu de l'Acte final;
- chercher à résoudre les problèmes en cours par des moyens pacifiques;
- agir constamment en conformité avec les dispositions qu'énonce l'Acte final et, en particulier, respecter strictement et sans réserves, et mettre en pratique tous les dix principes que contient la Déclaration sur les principes régissant les relations mutuelles des Etats participants, indépendamment de leur système politique, économique ou social, ainsi que de leur dimension, de leur situation géographique ou de leur niveau de développement économique, y compris leur engagement de conduire leurs relations avec tous les autres Etats dans l'esprit de ces principes;
- développer des relations de coopération mutuelle, d'amitié et de confiance, en s'abstenant de tout acte qui, étant contraire à l'Acte final, pourrait compromettre ces relations;
- encourager les efforts véritables tendant à mettre en oeuvre l'Acte final;
- déployer des efforts véritables pour endiguer une accumulation croissante des armements ainsi que pour affermir la confiance et la sécurité et promouvoir le désarmement.

dodis.ch/60501

Principes

Ils réaffirment leur détermination de respecter et d'appliquer pleinement ces principes et, par conséquent, de leur conférer par tous les moyens, tant juridiques que pratiques, une plus grande efficacité. Ils estiment que l'un de ces moyens pourrait consister à donner une expression législative - dans des formes répondant aux usages et procédures propres à chaque pays - aux dix principes énoncés dans l'Acte final.

Ils reconnaissent qu'il importe que les traités et accords que concluent les Etats participants reflètent les principes pertinents et s'en inspirent et, le cas échéant, y fassent référence.

Les Etats participants réaffirment la nécessité que le non-recours à la menace ou à l'emploi de la force, en tant que norme de la vie internationale, soit strictement et effectivement respecté. A cet effet, ils insistent sur le devoir qu'ils ont, en vertu des dispositions pertinentes de l'Acte final, d'agir en conséquence.

Les Etats participants condamment le terrorisme, y compris le terrorisme dans les relations internationales, qui met en danger ou fait périr des innocents ou porte autrement atteinte aux droits de l'homme et aux libertés fondamentales et ils proclament qu'il faut prendre de fermes mesures pour le combattre. Ils se déclarent résolus à prendre des mesures efficaces pour la prévention et l'élimination des actes de terrorisme, tant sur le plan national que par voie de coopération internationale, y compris sous forme d'accords bilatéraux et multilatéraux appropriés, et à étendre et renforcer en conséquence leur coopération mutuelle pour combattre lesdits actes. Ils conviennent d'agir ainsi conformément à la Charte des Nations Unies, à la Déclaration des Nations Unies relative aux principes du droit international touchant les relations amicales et la coopération entre les Etats et à l'Acte final de Helsinki.

dodis.ch/60501

Dans le cadre du combat contre les actes de terrorisme, ils prendront toutes les mesures appropriées pour empêcher que leur territoire ne soit utilisé pour préparer, organiser ou commanditer des activités terroristes, y compris celles qui sont dirigées contre d'autres Etats participants et leurs ressortissants. Cela concerne également des mesures visant à interdire sur leurs territoires les activités illicites de personnes, de groupes et d'organisations qui sont les instigateurs d'actes de terrorisme, les organisent ou s'y livrent.

Les Etats participants confirment qu'ils s'abstiendront d'aider directement ou indirectement les activités terroristes ou les activités subversives ou autres visant au renversement violent du régime d'un autre Etat participant. En conséquence, ils s'abstiendront notamment de financer, d'encourager, de fomenter ou de tolérer l'une quelconque de ces activités.

Ils se déclarent résolus à mettre tout en oeuvre pour assurer les conditions de sécurité nécessaires à tous les représentants et personnels officiels qui prennent part sur leur territoire à toute activité relevant du domaine des relations diplomatiques, consulaires ou autres relations officielles.

Ils soulignent que tous les Etats participants reconnaissent dans l'Acte final l'importance universelle des droits de l'homme et des libertés fondamentales, dont le respect est un facteur essentiel de la paix, de la justice et du bien-être nécessaires pour assurer le développement de relations amicales et de la coopération entre eux, comme entre tous les Etats.

Les Etats participants soulignent leur détermination à favoriser et à encourager l'exercice effectif des droits de l'homme et des libertés fondamentales qui découlent tous de la dignité inhérente à la personne humaine et qui sont essentiels à son épanouissement libre et intégral, et à assurer des progrès constants et concrets conformément à l'Acte final, visant à la poursuite d'un développement constant dans ce domaine, dans tous les Etats participants, indépendamment de leur système politique, économique et social.

dodis.ch/60501

De même, ils se déclarent résolus à développer leurs lois et règlements dans le domaine des droits civils, politiques, économiques, sociaux, culturels et des autres droits de l'homme et des libertés fondamentales ; ils soulignent également leur détermination d'assurer l'exercice effectif de ces droits et libertés.

Ils rappellent le droit de l'individu de connaître ses droits et devoirs dans le domaine des droits de l'homme et des libertés fondamentales, et d'agir en conséquence, en conformité avec l'Acte final ; ils prendront, dans leurs pays respectifs, les mesures nécessaires pour garantir effectivement ce droit.

Les Etats participants confirment qu'ils reconnaîtront et respecteront et, de plus, s'accordent à prendre les mesures nécessaires pour garantir la liberté qu'a l'individu de professer et pratiquer, seul ou en commun, une religion ou une conviction en agissant selon les impératifs de sa propre conscience.

A ce propos, ils consulteront, si besoin est, les cultes ainsi que les institutions et organisations religieuses dont l'action s'exerce dans le cadre constitutionnel de leurs pays respectifs.

Ils examineront favorablement les demandes formulées par des communautés religieuses de croyants pratiquant ou disposés à pratiquer leur foi dans le cadre constitutionnel de leurs Etats, visant à l'octroi du statut prévu dans leur pays à l'intention des cultes et des institutions et organisations religieuses.

Ils confirment qu'il importe de réaliser des progrès constants pour garantir le respect et la jouissance effective des droits des personnes appartenant à des minorités nationales ainsi que de protéger leurs intérêts légitimes, conformément à l'Acte final.

Ils confirment également qu'il importe d'assurer l'égalité des droits entre l'homme et la femme; en conséquence, ils conviennent de prendre toutes les mesures nécessaires pour promouvoir une participation également effective des hommes et des femmes à la vie politique, économique, sociale et culturelle.

dodis.ch/60501

Les Etats participants donneront effet au droit qu'ont les travailleurs de créer librement des syndicats et d'y adhérer, au droit qu'ont les syndicats d'exercer librement leurs activités et aux autres droits qu'énoncent les instruments internationaux pertinents. Ils prennent note du fait que ces droits seront exercés dans le respect des lois de l'Etat et conformément aux obligations de l'Etat en vertu du droit international. Ils favoriseront, selon le cas, les contacts et la communication directs entre lesdits syndicats et entre leurs représentants.

Ils confirment que les gouvernements, les institutions, les organisations et les personnes ont un rôle propre et positif à jouer en contribuant à atteindre les objectifs susmentionnés de leur coopération.

Ils confirment l'importance particulière que revêtent la Déclaration universelle des droits de l'homme, les pactes internationaux relatifs aux droits de l'homme et les autres instruments internationaux pertinents reflétant les efforts qu'ils font, séparément et conjointement, pour stimuler et développer le respect universel des droits de l'homme et des libertés fondamentales : ils appellent tous les Etats participants à agir conformément à ces instruments internationaux et ceux d'entre eux qui ne l'ont pas encore fait à envisager d'adhérer à ces pactes.

Ils conviennent d'envisager avec faveur la pratique de tables rondes bilatérales , se réunissant à titre volontaire, entre des délégations dont la composition est déterminée par chaque Etat participant, pour traiter de questions touchant les droits de l'homme et les libertés fondamentales, selon un ordre du jour établi d'un commun accord et dans un esprit de respect mutuel et ce, pour renforcer davantage la compréhension et la coopération selon les dispositions de l'Acte final.

Ils décident de tenir une réunion d'experts des Etats participants sur les questions relatives au respect, dans leurs Etats, des droits de l'homme et des libertés fondamentales, sous tous leurs aspects, tels qu'énoncés dans l'Acte final.

dodis.ch/60501

A l'invitation du Gouvernement du Canada, cette réunion d'experts se tiendra à Ottawa et s'ouvrira le 7 mai 1985. Elle élaborera des conclusions et des recommandations à soumettre aux gouvernements de tous les Etats participant

Cette réunion sera précédée d'une réunion préparatoire qui, à l'invitation du Gouvernement du Canada, se tiendra à Ottawa à partir du 23 avril 1985.

Conformément à la recommandation contenue dans le rapport de la Réunion d'experts de Montreux, une autre réunion d'experts des Etats participants aura lieu, à l'invitation du Gouvernement de la Grèce. Elle se tiendra à Athènes, s'ouvrira le 21 mars 1984 et aura pour objectif de poursuivre, sur la base de l'Acte final, l'examen d'une méthode généralement acceptable de règlement pacifique des différends visant à compléter les méthodes existantes. Cette réunion prendra en considération l'approche commune exposée dans le rapport précité.

Rappelant le droit qu'a tout Etat participant d'appartenir ou de ne pas appartenir à des organisations internationales, d'être partie ou non à des traités bilatéraux ou multilatéraux, y compris le droit d'être partie ou non à des traités d'alliance, ainsi que le droit à la neutralité, les Etats participants prennent note de la déclaration dans laquelle le Gouvernement de la République de Malte a déclaré qu'à titre de contribution réelle à la détente, à la paix et à la sécurité dans la région méditerranéenne, la République de Malte est un Etat neutre, pratiquant une politique de non-alignement. Ils invitent tous les Etats à respecter cette déclaration.

dodis.ch/60501

Conférence sur les mesures de confiance et de sécurité
et sur le désarmement en Europe

Les Etats participants,

Rappelant les dispositions de l'Acte final aux termes desquelles ils reconnaissent l'intérêt que présentent, pour eux tous, les efforts tendant à diminuer les risques de confrontation militaire et à promouvoir le désarmement,

Sont convenus de réunir une conférence sur les mesures de confiance et de sécurité et sur le désarmement en Europe.

L'objectif de cette conférence, en tant que partie intégrante et substantielle du processus multilatéral amorcé par la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, est d'entreprendre, avec la participation de tous les Etats signataires de l'Acte final, par étapes, de nouvelles actions, efficaces et concrètes, propres à faire progresser l'oeuvre de renforcement de la confiance et de la sécurité et à parvenir au désarmement, de manière à donner effet et expression au devoir qu'ont les Etats de s'abstenir de recourir à la menace ou à l'emploi de la force dans leurs relations mutuelles.

La conférence amorcera ainsi un processus dont la première phase sera consacrée à la négociation et à l'adoption d'une série de mesures de confiance et de sécurité, se complétant mutuellement, destinées à diminuer le risque de confrontation militaire en Europe.

La première phase de la conférence se tiendra à Stockholm à partir du 17 janvier 1984.

Sur la base de l'égalité des droits, de l'équilibre et de la réciprocité, d'un respect égal des intérêts de la sécurité de tous les Etats participant à la CSCE et de leurs obligations respectives en matière de mesures de confiance et de sécurité et de désarmement en Europe, ces mesures de confiance et de sécurité couvriront l'ensemble de l'Europe ainsi que la zone maritime*/ et

---

*/ Dans ce contexte, le terme "zone maritime voisine" s'entend comme se référant également aux zones océaniques voisines de l'Europe.

dodis.ch/60501

l'espace aérien voisins. Elles seront militairement significatives, politiquement contraignantes et assorties de formes adéquates de vérification correspondant à leur contenu.

En ce qui concerne la zone maritime*/ et l'espace aérien voisins, ces mesures s'appliqueront aux activités militaires de tous les Etats participants s'y déroulant, dès lors qu'elles touchent à la sécurité en Europe et qu'elles sont, de même, partie de celles des activités se déroulant dans l'ensemble de l'Europe tel que mentionné ci-dessus, que les Etats participants conviendront de notifier. Les spécifications nécessaires seront établies lors des négociations sur les mesures de confiance et de sécurité menées à la conférence.

Rien dans la définition de la zone donnée ci-dessus n'est de nature à diminuer les obligations découlant de l'Acte final. Les mesures de confiance et de sécurité dont il sera décidé à la conférence seront également applicables dans toutes les zones visées par l'une quelconque des dispositions de l'Acte final concernant les mesures de confiance et certains aspects de la sécurité et du désarmement.

Les dispositions arrêtées par les négociateurs entreront en vigueur dans les formes et suivant la procédure dont aura convenu la conférence.

Compte tenu de l'objectif précité de la conférence, la prochaine réunion des Etats participants sur les Suites de la CSCE, qui se tiendra à Vienne et s'ouvrira le 4 novembre 1986, procédera à l'évaluation des progrès effectués au cours de la première phase de la conférence.

Compte tenu des dispositions pertinentes de l'Acte final et après examen des résultats obtenus au cours de la première phase de la conférence et à la lumière également des autres négociations pertinentes sur la sécurité et le désarmement intéressant l'Europe, une réunion future dans le cadre des Suites de la CSCE examinera les voies et les moyens appropriés permettant aux Etats participants de poursuivre leurs efforts en faveur de la sécurité et du

---

*/ Dans ce contexte, le terme "zone maritime voisine" s'entend comme se référant également aux zones océaniques voisines de l'Europe.

dodis.ch/60501

désarmement en Europe, notamment la question de compléter le présent mandat pour la phase suivante de la conférence sur les mesures de confiance et de sécurité et sur le désarmement en Europe.

Une réunion préparatoire, chargée d'établir l'ordre du jour et de fixer le calendrier et les autres modalités de procédure de la première phase de la conférence, se tiendra à Helsinki et s'ouvrira le 25 octobre 1983. La durée n'en excédera pas trois semaines.

Les dispositions de procédure, les méthodes de travail et le barème de répartition des dépenses de la CSCE s'appliqueront, mutatis mutandis, à la conférence et à la réunion préparatoire mentionnée au paragraphe précédent. Les services de secrétariat technique seront fournis par le pays hôte.

dodis.ch/60501

COOPERATION DANS LES DOMAINES DE L'ECONOMIE, DE LA SCIENCE, ET DE LA TECHNIQUE ET DE L'ENVIRONNEMENT

Les Etats participants considèrent que la mise en oeuvre de toutes les dispositions de l'Acte final et le respect total des principes régissant leurs relations énoncés dans ledit Acte constituent une base indispensable pour le développement de la coopération entre eux dans les domaines de l'économie, de la science et de la technique et de l'environnement. Dans le même temps, ils réaffirment leur conviction que la coopération dans ces domaines contribue au renforcement de la paix et de la sécurité en Europe et dans l'ensemble du monde. Dans cet esprit, ils réitèrent leur détermination de poursuivre et d'intensifier cette coopération les uns avec les autres quels que soient leurs systèmes économiques et sociaux.

Les Etats participants confirment qu'ils sont intéressés à promouvoir des conditions adéquates favorables en vue de développer encore le commerce et la coopération industrielle entre eux, en particulier en mettant pleinement en oeuvre toutes les dispositions du deuxième chapitre de l'Acte final, et ce en vue de tirer un plus grand parti des possibilités offertes par leur potentiel économique, scientifique et technique. Dans ce contexte, et prenant en considération les efforts déjà accomplis aux niveaux unilatéral, bilatéral et multilatéral pour surmonter les obstacles de toute nature au commerce, ils réaffirment leur intention de poursuivre les efforts visant à réduire ou à éliminer progressivement les obstacles de toute nature au développement des échanges commerciaux.

Compte tenu des activités déjà réalisées par la Commission économique pour l'Europe des Nations Unies (CEE/ONU) en ce qui concerne les obstacles de toute nature au commerce, ils recommandent que les travaux ultérieurs sur ce sujet soient en particulier axés sur l'identification de ces obstacles ainsi que sur leur examen, en vue de trouver les moyens de les réduire ou de les éliminer progressivement, afin de contribuer à un développement harmonieux de leurs relations économiques.

dodis.ch/60501

Sur la base des dispositions de l'Acte final concernant les facilités et contacts d'affaires, les Etats participants déclarent leur intention de faire des efforts pour améliorer la rapidité et l'efficacité des négociations et opérations d'affaires et de continuer à créer des conditions propres à faciliter, à toutes les phases de la transaction, des contacts plus étroits entre les représentants et experts des firmes qui vendent d'une part et, d'autre part, ceux des firmes acheteuses et utilisatrices. Ils favoriseront aussi d'autres formes de contacts opérationnels entre vendeurs et utilisateurs, telles que la tenue de colloques et démonstrations techniques ainsi que des cours de formation après-vente ou de recyclage, à l'intention du personnel technique des firmes et organisations utilisatrices.

Ils conviennent également de prendre des mesures pour développer davantage et améliorer les facilités et les conditions de travail des représentants des firmes et des organisations étrangères sur leur territoire, y inclus les services de télécommunications, ainsi que de développer ces services et autres facilités à l'intention du personnel résident temporaire et y compris des personnes employées sur le terrain. Ils s'efforceront encore de prendre des mesures pour accélérer autant que possible les procédures régissant l'enregistrement des organes de représentation et des bureaux des firmes étrangères ainsi que l'octroi des visas d'entrée aux hommes d'affaires.

Les Etats participants déclarent leur intention d'assurer la publication et la diffusion régulières de l'information économique et commerciale, le plus rapidement possible, présentée de manière à faciliter l'appréciation des possibilités du marché et de contribuer ainsi efficacement au processus de développement du commerce international et de la coopération industrielle.

A cette fin et dans le but de faire encore des progrès vers la réalisation des objectifs énoncés dans les dispositions pertinentes de l'Acte final, ils entendent intensifier leurs efforts pour améliorer la comparabilité et la clarté de leurs statistiques économiques et commerciales et les rendre plus complètes en adoptant en particulier, quand cela s'avère nécessaire, les

dodis.ch/60501

mesures suivantes : assortir leurs statistiques économiques et commerciales d'index récapitulatifs adéquatement définis, établis, dans la mesure du possible, sur la base de valeurs constantes; publier leurs statistiques intérimaires, quand cela s'avère techniquement possible, tous les trimestres au moins; publier leurs relevés statistiques de façon suffisamment détaillée pour atteindre les objectifs susmentionnés, en particulier en utilisant pour leurs statistiques du commerce extérieur une ventilation par produits permettant d'identifier les divers produits aux fins d'une analyse de marché; s'efforcer de faire en sorte que leurs statistiques économiques et commerciales ne soient pas moins complètes que celles publiées antérieurement par l'Etat concerné.

Ils expriment en outre leur disposition à coopérer pour que les travaux en cours au sein des organes compétents des Nations Unies en matière d'harmonisation et d'alignement des nomenclatures statistiques soient menés à bien le plus tôt possible.

Les Etats participants reconnaissent également l'utilité de rendre facilement disponible l'information économique et commerciale existant dans les autres Etats participants, par les voies appropriées, aux entreprises et aux firmes de leur pays.

Les Etats participants, conscients de la nécessité d'améliorer encore les conditions propres à permettre un fonctionnement plus efficace des organismes et des firmes dont l'action s'exerce dans le domaine de la commercialisation, promouvront un échange plus actif de connaissances et de techniques qu'exige une commercialisation efficace et ils encourageront l'intensification des relations entre ces firmes et organismes. Ils sont convenus de tirer pleinement parti des possibilités qu'offre la CEE/ONU pour développer encore leur coopération dans ce domaine.

Les Etats participants notent la fréquence croissante dans leurs relations économiques des transactions de compensation sous toutes leurs formes. Ils reconnaissent que, conclues sur une base mutuellement acceptable, ces

dodis.ch/60501

transactions peuvent jouer un rôle utile. En même temps, ils reconnaissent que des problèmes peuvent intervenir du fait du lien établi dans de telles transactions entre les achats et les ventes.

Tenant compte des études de la CEE/ONU déjà réalisées dans ce domaine, ils recommandent que les travaux ultérieurs sur ce sujet soient axés en particulier sur l'identification de ces problèmes et sur l'examen des moyens de les résoudre afin de contribuer à un développement harmonieux de leurs relations économiques.

Les Etats participants reconnaissent que l'expansion de la coopération industrielle, reposant sur leur intérêt mutuel et motivée par des considérations d'ordre économique, peut contribuer à la poursuite du développement et de la diversification de leurs relations économiques et à une plus large utilisation des techniques modernes.

Ils notent le rôle utile que peuvent jouer les accords bilatéraux de coopération industrielle et technique, notamment, le cas échéant, les accords à long terme. Ils se déclarent également disposés à promouvoir des conditions favorables au développement de la coopération industrielle entre les organisations, les entreprises et les firmes compétentes. A cette fin, et pour faciliter l'identification de nouvelles possibilités de projets de coopération industrielle, ils reconnaissent qu'il est souhaitable de développer et d'améliorer encore les conditions des activités d'affaires et les échanges d'information économique et commerciale entre les organisations, entreprises et firmes compétentes, y compris les petites et moyennes entreprises.

Les Etats participants notent aussi que, si tel est l'intérêt mutuel des partenaires potentiels, de nouvelles formes de coopération industrielle peuvent être envisagées, y compris celles qui incluraient des organisations, institutions ou firmes de pays tiers.

Ils recommandent que la CEE/ONU poursuive ses activités dans le domaine de la coopération industrielle et continue de leur accorder une attention particulière, entre autres en axant encore ses efforts sur l'examen des moyens

dodis.ch/60501

de promouvoir des conditions favorables au développement de la coopération dans ce domaine, y compris l'organisation de colloques et séminaires.

Les Etats participants se déclarent prêts à poursuivre leurs efforts visant à ce que les petites et moyennes entreprises participent plus largement au commerce et à la coopération industrielle. Conscients des problèmes qui affectent particulièrement ces entreprises, les Etats participants s'efforceront d'améliorer encore les conditions mentionnées aux paragraphes précédents afin de faciliter les opérations de ces entreprises dans les domaines précités. Les Etats participants recommandent en outre que la CEE/ONU développe ses études spéciales relatives à ces problèmes.

Les Etats participants reconnaissent l'importance croissante de la coopération dans le domaine de l'énergie, entre autres de la coopération à long terme, tant sur le plan bilatéral que sur le plan multilatéral. En se félicitant des résultats qu'ont déjà produits les efforts déployés dans ce sens et, en particulier, les travaux de la CEE/ONU, ils affirment leur appui à la continuation de la coopération poursuivie par les conseillers en matière d'énergie des gouvernements membres de la CEE/ONU en vue de la réalisation de tous les éléments de leur mandat.

Les Etats participants confirment l'intérêt qu'ils portent à réduire les obstacles techniques au commerce et à en empêcher la création et se félicitent des progrès de la coopération internationale dans ce domaine, y compris les travaux des fonctionnaires gouvernementaux chargés des politiques de normalisation à la CEE/ONU. Ils encourageront la conclusion d'accords internationaux concernant la certification, couvrant, le cas échéant, l'acceptation réciproque des systèmes de certification, sous réserve de garanties mutuellement satisfaisantes.

Les Etats participants recommandent que soient prises des mesures appropriées pour faciliter le recours à l'arbitrage et en étendre le champ d'application en tant qu'instrument de règlement des litiges en matière de commerce international et de coopération industrielle. Ils recommandent en

dodis.ch/60501

particulier l'application des dispositions de la Convention des Nations Unies concernant la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères de 1958 de même qu'un recours plus large aux règles d'arbitrage établies par la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international. Ils recommandent en outre que, sur la base des dispositions de l'Acte final, la liberté du choix des arbitres et du lieu de l'arbitrage soit accordée aux parties, y compris le choix des arbitres et du lieu de l'arbitrage dans un pays tiers.

Les Etats participants reconnaissent le rôle important du progrès scientifique et technique dans le développement économique et social de tous les pays, et en particulier de ceux qui sont en développement du point de vue économique. Prenant en considération les objectifs que poursuivent, dans le cadre de leurs relations bilatérales et multilatérales, les pays ou institutions intéressés, ils soulignent qu'il est important de développer encore, en se fondant sur l'avantage mutuel et sur la base d'un accord mutuel et d'autres arrangements, les diverses formes et méthodes de coopération dans le domaine de la science et de la technique, prévues dans l'Acte final, par exemple les programmes internationaux et projets de coopération, en utilisant également diverses formes de contacts, y compris les contacts directs et individuels entre hommes de science et spécialistes, ainsi que les contacts et communications entre organisations, institutions et entreprises scientifiques et techniques intéressées.

Dans ce contexte, ils reconnaissent la valeur d'une amélioration des échanges et de la diffusion des informations relatives aux développements scientifiques et techniques, en tant que moyen de faciliter, sur la base de l'avantage mutuel, l'étude, l'accès à des réalisations scientifiques et techniques, ainsi que leur transfert, dans des domaines de coopération convenus entre les parties intéressées.

dodis.ch/60501

Les Etats participants recommandent que, dans le domaine de la science et de la technique, la CEE/ONU accorde l'attention voulue, par des moyens appropriés à l'élaboration d'études et de projets pratiques pour développer la coopération entre les pays membres.

De plus, les Etats participants, ayant connaissance du passage pertinent du rapport du "Forum scientifique", conviennent d'encourager le développement de la coopération scientifique dans le domaine de l'agriculture, aux plans bilatéral, multilatéral et sous-régional afin, entre autres, d'améliorer le cheptel et la reproduction des plantes et d'assurer les meilleures utilisation et conservation possibles des ressources en eau. A cet effet ils feront en sorte de promouvoir le développement de la coopération entre les institutions et centres de recherche dans leurs pays, par l'échange d'information, la mise en oeuvre en commun de programmes de recherche, l'organisation de réunions d'hommes de science et de spécialistes et par d'autres moyens.

Les Etats participants invitent la CEE/ONU et les autres organisations internationales compétentes à donner leur appui à la mise en oeuvre de ces activités et à examiner les possibilités d'intensifier les échanges d'informations scientifiques et techniques dans le domaine de l'agriculture.

Les Etats participants accueillent avec satisfaction les mesures importantes prises pour renforcer la coopération en matière d'environnement dans le cadre de la CEE/ONU, y compris la Réunion à haut niveau sur la protection de l'environnement (13-16 novembre 1979). Tenant dûment compte des travaux entrepris ou envisagés au sein d'autres organisations internationales compétentes, ils recommandent de poursuivre les efforts dans ce domaine, y compris, entre autres

- de donner priorité à la mise en oeuvre effective des dispositions de la Résolution sur la pollution atmosphérique transfrontières à longue distance adoptée lors de la Réunion à haut niveau,
- de ratifier à brève échéance la Convention sur la pollution atmosphérique transfrontières à longue distance signée lors de la Réunion à haut niveau,
- de mettre en oeuvre les recommandations contenues dans la Déclaration sur les techniques peu polluantes ou sans déchets, et sur la réutilisation et le recyclage des déchets,

dodis.ch/60501

- de mettre en oeuvre les décisions B et C de la 35e session de la CEE/ONU relative à la Déclaration de principe sur la lutte contre la pollution des eaux, y compris la pollution transfrontières,
- d'appuyer la réalisation du programme de travail de la CEE/ONU concernant la protection de l'environnement, y compris, entre autres, les travaux en cours dans le domaine de la protection de la flore et de la faune.

Dans le contexte des dispositions de l'Acte final relatives au travail migrant en Europe, les Etats participants notent que les développements récents de l'économie mondiale ont eu des répercussions sur la situation des travailleurs migrants. A cet égard, les Etats participants expriment le voeu que pays d'accueil et pays d'origine, guidés par un esprit d'intérêt mutuel et de coopération, intensifient leurs contacts afin d'améliorer encore la situation générale des travailleurs migrants et de leurs familles, entre autres en ce qui concerne la protection de leurs droits humains, y compris leurs droits économiques, sociaux et culturels, en prenant spécialement en considération les problèmes particuliers des travailleurs migrants de la deuxième génération. Ils s'efforceront aussi d'assurer ou de promouvoir, lorsqu'il existe une demande raisonnable, un enseignement adéquat de la langue et de la culture des pays d'origine.

Les Etats participants recommandent qu'entre autres mesures visant à favoriser la réinsertion économique et sociale des travailleurs migrants regagnant leurs pays d'origine, soit assuré, par des moyens législatifs appropriés ou des accords réciproques, le paiement des pensions acquises ou prévues dans le cadre du système de sécurité sociale auquel ces travailleurs ont été admis dans le pays d'accueil.

Les Etats participants reconnaissent également l'importance que revêt la promotion de l'échange d'informations et d'expérience sur la formation des cadres pour leur développement économique. A cette fin, ils recommandent d'organiser dans un cadre existant approprié et avec l'aide des organisations intéressées telles que, par exemple, la CEE/ONU et l'Organisation international

dodis.ch/60501

du travail, un séminaire de responsables des institutions et services spécialisés dans la formation à la gestion des administrations et des entreprises en vue d'échanger des informations sur les problèmes et les méthodes de cette formation, de confronter les expériences réalisées et d'encourager le développement des relations entre les centres correspondants.

Les Etats participants se félicitent de la contribution valable de la CEE/ONU à la mise en oeuvre multilatérale des dispositions de l'Acte final relatives à la coopération dans les domaines de l'économie, de la science et de la technique et de l'environnement. Conscients du potentiel de la CEE/ONU pour l'intensification de la coopération dans ces domaines, ils recommandent d'utiliser pleinement les mécanismes et les ressources existants, afin de poursuivre et de consolider la mise en oeuvre des dispositions pertinentes de l'Acte final, dans l'intérêt de ses pays membres, y compris de ceux qui, dans la région de la CEE/ONU, sont en développement du point de vue économique.

Ayant à l'esprit la volonté qu'ils ont exprimée dans les dispositions de l'Acte final, les Etats participants réitèrent la détermination de chacun d'entre eux de promouvoir des relations économiques internationales stables et équitables dans l'intérêt mutuel de tous les Etats, et dans cet esprit, de participer équitablement à la promotion et au renforcement de la coopération économique avec les pays en développement, notamment avec les moins développés d'entre eux. Ils notent également l'utilité, entre autres, de définir et d'exécuter, en coopération avec les pays en voie de développement des projets concrets ayant pour but de contribuer au développement économique de ces derniers.

Ils se déclarent en outre prêts à contribuer aux efforts communs tendant à l'instauration d'un nouvel ordre économique international, et à la mise en oeuvre de la Stratégie de la Troisième décennie des Nations Unies pour le développement, telle qu'elle a été adoptée. Ils reconnaissent l'importance de lancer des négociations globales, mutuellement bénéfiques et dûment préparées, portant sur la coopération économique internationale au développement.

dodis.ch/60501

QUESTIONS RELATIVES A LA SECURITE ET A LA COOPERATION EN MEDITERRANEE

Les Etats participants, considérant que la sécurité en Europe, envisagée dans le contexte plus large de la sécurité mondiale, est étroitement liée à la sécurité dans la région méditerranéenne tout entière, affirment à nouveau leur intention de contribuer à la paix, à la sécurité et à la justice dans la région méditerranéenne.

Ils expriment en outre leur volonté

- de prendre des mesures constructives pour réduire les tensions et renforcer la stabilité, la sécurité et la paix dans la région méditerranéenne et, à cet effet, d'intensifier leurs efforts pour apporter, par des moyens pacifiques, des solutions justes, viables et durables aux problèmes majeurs qui subsistent, sans recourir à la force ou à d'autres moyens incompatibles avec les principes de l'Acte final, de façon à promouvoir la confiance et la sécurité et à faire régner la paix dans la région;
- de prendre des mesures destinées à accroître la confiance et la sécurité;
- de développer des relations de bon voisinage avec tous les Etats de cette région, compte dûment tenu de la réciprocité, et en s'inspirant des principes contenus dans la Déclaration de l'Acte final sur les principes régissant les relations mutuelles des Etats participants;
- de continuer à étudier la possibilité de tenir des réunions ad hoc d'Etats méditerranéens visant à renforcer la sécurité et à intensifier la coopération dans la région méditerranéenne.

En outre, les Etats participants examineront, dans le cadre de la mise en oeuvre du rapport de La Valette, les possibilités offertes par de nouveaux progrès en matière d'infrastructure des transports propres à faciliter de nouveaux échanges commerciaux et industriels, ainsi que par l'amélioration des réseaux de transport existants et par une plus large coordination des investissements dans le secteur des transports entre les parties intéressées.

dodis.ch/60501

A cet égard, ils recommandent qu'une étude soit entreprise, dans le cadre de la Commission économique pour l'Europe, en vue de déterminer les mouvements actuels et potentiels des transports en Méditerranée intéressant les Etats participants et d'autres Etats de cette région, compte tenu des travaux en cours dans ce domaine. Ils examineront davantage les possibilités d'introduire ou d'étendre, conformément à la réglementation existante de l'OMI, l'utilisation de techniques appropriées en matière d'aides à la navigation maritime, principalement dans les détroits.

En outre, ils prennent acte avec satisfaction des résultats de la Réunion d'experts qui s'est tenue à La Valette concernant la coopération économique, scientifique et culturelle, dans le cadre du chapitre de l'Acte final ayant trait aux questions relatives à la Méditerranée. Ils réaffirment les conclusions et les recommandations contenues dans le rapport de cette Réunion et conviennent de s'y conformer. Ils prennent également acte des efforts qui sont actuellement faits pour les mettre en oeuvre de manière appropriée. A cette fin, les Etats participants conviennent de convoquer du 16 au 26 octobre 1984 un séminaire qui se tiendra à Venise, à l'invitation du Gouvernement de l'Italie, afin de passer en revue les initiatives déjà prises ou envisagées, dans tous les secteurs définis dans le rapport de la Réunion de La Valette, et de stimuler, le cas échéant, des actions plus amples dans ces secteurs.

Des représentants des organisations internationales compétentes et des représentants des Etats méditerranéens non participants seront invités à ce séminaire conformément aux règles et pratiques adoptées à la Réunion de La Valette.*/

---

*/ L'organisation du Séminaire de Venise est précisée dans la déclaration faite par le Président le 6 septembre 1983 (voir annexe I).

dodis.ch/60501

COOPERATION DANS LES DOMAINES HUMANITAIRES ET AUTRES

Les Etats participants,

Rappelant les parties introductives du chapitre de l'Acte final sur la Coopération dans les domaines humanitaires et autres, y compris celles relatives au développement de la compréhension mutuelle entre eux et de la détente, ainsi que celles relatives à l'accroissement des échanges dans les domaines de la culture et de l'éducation, à une plus large diffusion de l'information, aux contacts entre les personnes et à la solution des problèmes humanitaires,

Résolus à poursuivre et à accroître la coopération dans ces domaines et à parvenir à une utilisation plus complète des possibilités qu'offre l'Acte final,

S'accordent dès maintenant à mettre en oeuvre ce qui suit :

Contacts entre les personnes

Les Etats participants accorderont un traitement favorable aux demandes relatives à des contacts et à des rencontres régulières sur la base des liens de famille, à la réunion des familles et aux mariages entre citoyens d'Etats différents et se prononceront sur ces demandes dans le même esprit.

Ils se prononceront sur les demandes de rencontres familiales ayant un caractère d'urgence d'une manière aussi diligente que possible; sur celles relatives à la réunion des familles et aux mariages entre citoyens d'Etats différents dans un délai de six mois, en règle générale, et sur celles relatives aux autres rencontres familiales dans des délais qui seront progressivement réduits.

Ils confirment que la présentation ou le renouvellement de demandes relatives à de tels cas n'entraînera pas de modification des droits et obligations du requérant ou des membres de sa famille notamment en matière d'emploi, de logement, de statut de résidence, de soutien familial, de droit aux prestations sociales, économiques ou éducatives ou de tous autres droits et obligations découlant des lois et règlements de l'Etat participant concerné.

dodis.ch/60501

Les Etats participants fourniront les informations nécessaires sur les procédures à suivre par les requérants dans de tels cas ainsi que sur les règlements à observer et fourniront les formulaires appropriés aux requérants qui en feront la demande.

Ils abaisseront graduellement, là où cela est nécessaire, le montant des droits à verser au titre de ces demandes, y compris les frais de visas et de passeports, afin d'en ramener le montant à un niveau modéré par rapport au revenu mensuel moyen dans l'Etat participant considéré.

Le requérant sera informé d'une manière aussi diligente que possible de la décision qui aura été prise. En cas de refus, le requérant sera également informé de son droit à renouveler sa demande au terme d'un délai raisonnablement court.

Les Etats participants confirment qu'ils s'engagent à appliquer sans réserves les dispositions concernant les missions diplomatiques et les autres missions officielles et postes consulaires d'autres Etats participants, énoncées dans les conventions multilatérales et bilatérales pertinentes, et à faciliter le fonctionnement normal de ces représentations. L'accès des visiteurs à ces représentations sera garanti compte dûment tenu des impératifs indispensables à la sécurité de ces dernières.

Ils réaffirment en outre leur volonté de prendre, dans le cadre de leur compétence, des mesures raisonnables, y compris, dans les cas appropriés, les mesures de sécurité nécessaires propres à assurer le déroulement, dans des conditions satisfaisantes, d'activités organisées sur leur territoire dans le cadre de leur coopération mutuelle, telles que des manifestations sportives et culturelles, auxquelles prennent part des ressortissants d'autres Etats participants.

dodis.ch/60501

Les Etats participants s'efforceront, dans les cas appropriés, d'améliorer, en tenant dûment compte des conventions ou accords multilatéraux ou bilatéraux pertinents, les conditions dans lesquelles l'assistance juridique, consulaire et médicale est prêtée aux ressortissants des autres Etats participants qui, pour des raisons d'ordre personnel ou professionnel, séjournent temporairement sur leur territoire.

Ils pousseront plus avant l'application des dispositions pertinentes de l'Acte final de sorte que les cultes, ainsi que les institutions et organisations religieuses, et leurs représentants puissent, dans le domaine de leur activité, développer entre eux des contacts et des rencontres et échanger des informations.

Les Etats participants encourageront les contacts et les échanges entre jeunes et favoriseront le développement de la coopération entre leurs associations de jeunesse. Ils seront favorables au déroulement, entre jeunes et entre organisations de jeunesse, de manifestations et activités éducatives et culturelles et d'autres manifestations et activités analogues. Ils favoriseront aussi l'étude des problèmes relatifs à la jeune génération. Les Etats participants encourageront le développement du tourisme individuel ou collectif des jeunes, lorsque cela est nécessaire sur la base d'arrangements, notamment en engageant les autorités compétentes en matière de transports et les organisations touristiques des Etats participants à accorder des prestations adéquates ou des avantages du genre de ceux qu'offrent les autorités ferroviaires participant au système "Inter-Rail".

Information

Les Etats participants encourageront plus encore une diffusion plus libre et plus large de publications imprimées, périodiques et non périodiques, importées d'autres Etats participants, ainsi qu'une augmentation du nombre des points où ces publications sont en vente au public. Ces publications seront en outre accessibles dans les salles de lecture de grandes bibliothèques publiques et d'établissements similaires.

dodis.ch/60501

En particulier, pour faciliter l'amélioration de la diffusion de l'information écrite, les Etats participants encourageront les contacts et les négociations entre leurs firmes et organisations compétentes, en vue de conclure des accords et des contrats à long terme destinés à accroître les quantités et le nombre des titres de journaux et autres publications importés d'autres Etats participants. Ils jugent souhaitable que le prix de vente au détail des publications étrangères ne soit pas excessif par rapport à leur prix de vente dans leur pays d'origine.

Ils confirment leur intention, conformément aux dispositions pertinentes de l'Acte final, de développer davantage les possibilités d'abonnement offertes au public.

Ils favoriseront une expansion accrue de la coopération entre les mass media et entre leurs représentants, en particulier entre les membres des rédactions des agences de presse, des journaux, des organismes de radio et de télévision et des sociétés cinématographiques. Ils encourageront un échange plus régulier de nouvelles, d'articles, de suppléments et d'émissions ainsi que l'échange de personnels de rédaction afin que ceux-ci approfondissent leur connaissance des pratiques respectives. Sur une base de réciprocité, ils amélioreront les services matériels et techniques offerts aux reporters de la radio et de la télévision accrédités à titre permanent ou temporaire. De plus, ils faciliteront les contacts directs entre journalistes, ainsi que les contacts établis dans le cadre d'organisations professionnelles.

Ils donneront suite sans retard indu aux demandes de visa émanant de journalistes et ils réexamineront dans des délais raisonnables les demandes rejetées. En outre, un journaliste désirant voyager pour des raisons personnelles et non pour effectuer un reportage bénéficiera du même traitement que tout autre visiteur provenant de son pays d'origine.

Ils accorderont aux correspondants permanents et aux membres de leur famille vivant avec eux des visas à entrées et sorties multiples valables un an.

dodis.ch/60501

Les Etats participants examineront la possibilité d'accorder, le cas échéant sur la base d'arrangements bilatéraux, l'accréditation et autres facilités connexes aux journalistes d'autres Etats participants accrédités à titre permanent dans des pays tiers.

Ils faciliteront les déplacements des journalistes d'autres Etats participants sur leurs territoires, notamment en prenant des mesures concrètes, là où cela s'avère nécessaire, pour leur accorder des possibilités de voyager d'une manière plus étendue, sauf dans les régions interdites pour des raisons de sécurité. Ils informeront les journalistes à l'avance, chaque fois que possible, au cas où de nouvelles régions seraient interdites pour des raisons de sécurité.

Ils permettront dans une plus grande mesure et, le cas échéant, dans de meilleures conditions, aux journalistes d'autres Etats participants d'établir et d'entretenir des contacts personnels et de communiquer avec leurs sources d'information.

Ils autoriseront, en règle générale, les journalistes de la radio et de la télévision, sur leur demande, à se faire accompagner par leurs propres techniciens du son et de l'image et à utiliser leur propre équipement.

De même, les journalistes pourront apporter de la documentation, y compris des notes et dossiers personnels, qui ne devront strictement servir qu'à des fins professionnelles.*/

Les Etats participants faciliteront, là où cela est nécessaire, la création et le fonctionnement, dans leur capitale, de centres de presse ou d'institutions remplissant les mêmes fonctions, ouverts à la presse nationale et étrangère et équipés d'installations de travail appropriées pour cette dernière.

---

*/ A cet égard, il est entendu que l'importation de publications imprimées peut être assujettie à la réglementation locale qui sera appliquée en tenant dûment compte de la nécessité pour les journalistes de disposer d'un matériel de travail approprié.

dodis.ch/60501

Ils envisageront en outre des voies et moyens nouveaux pour aider les journalistes d'autres Etats participants et pour leur permettre ainsi de régler les problèmes pratiques qui peuvent se poser à eux.

Coopération et échanges dans le domaine de la culture

Ils s'efforceront, en prenant des mesures appropriées, de mettre à la disposition des personnes, institutions et organisations non gouvernementales intéressées, les informations pertinentes sur les possibilités offertes par les accords et programmes culturels bilatéraux, facilitant ainsi leur mise en oeuvre effective.

Les Etats participants encourageront plus encore une diffusion plus large des livres, films et autres formes et moyens d'expression culturelle d'autres Etats participants et un accès plus large à ces mêmes oeuvres; à cet effet, ils amélioreront, par des moyens appropriés, sur des bases bilatérales et multilatérales, les conditions régissant l'échange international, commercial et non commercial de leurs biens culturels, notamment en abaissant progressivement les droits de douane appliqués à ces biens.

Les Etats participants s'efforceront d'encourager la traduction, la publication et la diffusion des oeuvres appartenant au domaine de la littérature et aux autres domaines d'activité culturelle en provenance des autres Etats participants, en particulier de celles produites dans des langues moins répandues, en facilitant la coopération entre les maisons d'édition, notamment par voie d'échanges de listes de livres signalés pour traduction et d'autres renseignements pertinents.

Ils contribueront au développement de contacts, de la coopération et de projets communs entre les Etats participants en ce qui concerne la protection, la préservation et l'inventaire du patrimoine et des monuments historiques et les relations entre l'homme, l'environnement et ce patrimoine; ils expriment leur intérêt pour la possibilité de réunir une conférence intergouvernementale sur ces questions dans le cadre de l'UNESCO.

dodis.ch/60501

Les Etats participants encourageront leurs organismes de radiodiffusion et de télévision à développer davantage la présentation des réalisations culturelles et artistiques d'autres Etats participants, sur la base d'arrangements bilatéraux et multilatéraux entre lesdits organismes, prévoyant notamment des échanges d'informations sur les productions, la retransmission de spectacles et programmes d'autres Etats participants, la réalisation de coproductions, l'invitation de chefs d'orchestre et réalisateurs ainsi que l'assistance mutuelle aux équipes de tournage des films culturels.

A l'invitation du Gouvernement de la Hongrie un "Forum de la Culture" se tiendra à Budapest à partir du 15 octobre 1985. Il réunira des personnalités éminentes dans le domaine de la culture provenant des Etats participants. Le "Forum" discutera de problèmes liés entre eux relatifs à la création, à la diffusion et à la coopération, y compris la promotion et le renforcement des contacts et des échanges dans les différents domaines de la culture. Un représentant de l'UNESCO sera invité à exposer au "Forum" les vues de son organisation. Le "Forum" sera préparé par une réunion d'experts dont la durée ne devra pas excéder deux semaines et qui se tiendra à l'invitation du Gouvernement de la Hongrie, à Budapest, à partir du 21 novembre 1984.

Coopération et échanges dans le domaine de l'éducation

Les Etats participants feront en sorte de promouvoir la conclusion d'arrangements et d'accords gouvernementaux et non gouvernementaux dans les domaines de l'éducation et de la science, qui devront être exécutés avec la participation d'organismes éducatifs ou autres institutions compétentes.

Les Etats participants contribueront à améliorer davantage les échanges d'étudiants, d'enseignants et d'hommes de science, et l'accès de ceux-ci à leurs institutions éducatives, culturelles et scientifiques respectives, ainsi qu'aux sources publiques d'information, conformément aux lois et règlements en vigueur dans chaque pays. Dans ce contexte, ils faciliteront les déplacements d'hommes de science, enseignants et étudiants à l'intérieur de l'Etat d'accueil, et l'établissement par eux de contacts avec leurs collègues;

dodis.ch/60501

Ils encourageront également les bibliothèques, établissements d'enseignement supérieur et autres institutions analogues se trouvant sur leur territoire à mettre des catalogues et listes de documents d'archives ouvertes à la disposition des hommes de science, enseignants et étudiants d'autres Etats participants.

Ils encourageront un échange d'informations plus régulier sur les programmes, cours et séminaires de formation scientifique à l'intention de jeunes scientifiques et faciliteront une participation accrue à ces activités de jeunes scientifiques venant de différents Etats participants. Ils inviteront les organisations et institutions nationales et internationales appropriées à donner leur appui, dans les cas appropriés, à la réalisation de ces activités de formation.

Les représentants des Etats participants ont noté l'utilité des travaux accomplis au cours du "Forum scientifique" qui s'est tenu à Hambourg, en République fédérale d'Allemagne, du 18 février au 3 mars 1980. Tenant compte des résultats du "Forum scientifique", les Etats participants ont invité les organisations internationales ainsi que les organisations scientifiques et les hommes de science des Etats participants à prendre dûment en considération ses conclusions et recommandations.

Les Etats participants favoriseront l'élargissement des possibilités d'enseigner et d'apprendre les langues européennes moins répandues ou étudiées. Ils stimuleront à cet effet, dans le cadre de leur compétence, l'organisation et la fréquentation de cours universitaires d'été et d'autres cours, l'octroi de bourses à des traducteurs, le renforcement des facultés de langues, y compris, si besoin est, la création de nouveaux moyens pour l'étude de ces langues.

Les Etats participants se déclarent prêts à intensifier l'échange, entre eux et au sein des organisations internationales compétentes, de matériel pédagogique, de manuels scolaires, de cartes, de bibliographies et autre matériel d'enseignement, afin de promouvoir une meilleure connaissance mutuelle et de faciliter une présentation plus complète de leurs pays respectifs.

dodis.ch/60501

SUITES DE LA CONFERENCE

Conformément aux dispositions pertinentes de l'Acte final ainsi qu'à leur résolution et à leur engagement de poursuivre le processus multilatéral amorcé par la CSCE, les Etats participants organiseront de façon régulière d'autres rencontres entre leurs représentants.

La troisième réunion de ce genre aura lieu à Vienne et s'ouvrira le 4 novembre 1986.

L'ordre du jour, le programme de travail et les modalités de la Réunion principale de Madrid s'appliqueront, mutatis mutandis, à la Réunion principale de Vienne, à moins que d'autres décisions ne soient prises à ce sujet par la Réunion préparatoire mentionnée ci-dessous.

Aux fins d'opérer les aménagements à apporter à l'ordre du jour, au programme de travail et aux modalités de la Réunion principale de Madrid, une réunion préparatoire se tiendra à Vienne qui commencera le 23 septembre 1986. Il est entendu que, dans ce contexte, les aménagements concernent les points qui nécessiteront une modification à la suite d'un changement de date et de lieu, ainsi que les tirages au sort, et la mention d'autres réunions tenues conformément aux décisions de la Réunion de Madrid 1980. La durée de la réunion préparatoire ne dépassera pas deux semaines.

Les Etats participants décident également qu'en 1985 le dixième anniversaire de la signature de l'Acte final de la CSCE sera célébré comme il se doit à Helsinki.

La durée des réunions mentionnées dans le présent document, à moins qu'il n'en soit autrement convenu, ne dépassera pas six semaines. Les résultats de ces réunions seront pris en considération, comme il conviendra, à la Réunion de Vienne, tenue dans le cadre des Suites de la Conférence.

Toutes les réunions mentionnées ci-dessus se tiendront conformément au paragraphe 4 du chapitre de l'Acte final relatif aux "Suites de la Conférence".

dodis.ch/60501

Le Gouvernement de l'Espagne est prié de transmettre le présent document au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, au Directeur général de l'UNESCO et au Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe des Nations Unies. Le Gouvernement de l'Espagne est également prié de transmettre le présent document aux gouvernements des Etats méditerranéens non participants.

Le texte du présent document sera publié dans chacun des Etats participants qui le diffusera et lui assurera la plus ample publicité.

Les représentants des Etats participants expriment leur profonde gratitude au peuple et au Gouvernement de l'Espagne pour l'excellente organisation de la Réunion de Madrid et pour la chaleureuse hospitalité qu'ils ont réservée aux délégations participant à la Réunion.

Madrid, le 6 septembre 1983

dodis.ch/60501

DECLARATION DU PRESIDENT

SEMINAIRE DE VENISE SUR LA COOPERATION ECONOMIQUE, SCIENTIFIQUE ET CULTURELLE DANS LA REGION MEDITERRANEENNE DANS LE CADRE DES RESULTATS DE LA REUNION D'EXPERTS DE LA VALETTE

Le Séminaire débutera le mardi 16 octobre 1984 à 10 heures, à Venise (Italie). Il prendra fin le vendredi 26 octobre 1984.

Les travaux du Séminaire, dirigés par un Comité de coordination composé des délégations des Etats participants, seront répartis entre trois groupes d'études traitant respectivement de l'économie, de la science et de la culture.

Les trois premiers jours du Séminaire seront consacrés à six séances du Comité.

La première séance du Comité sera publique et sera consacrée à l'ouverture du Séminaire et à l'allocution d'un représentant du pays hôte.

Lors de sa deuxième séance, le Comité décidera éventuellement de la tenue d'autres réunions des Etats participants afin de guider les groupes d'études dans leurs travaux et prendre toute autre décision utile pour le Séminaire.

Les quatre séances suivantes du Comité, qui seront publiques, seront consacrées à des exposés liminaires des représentants des Etats participants qui le souhaiteront (selon l'ordre préalablement fixé par tirage au sort) ainsi qu'à des exposés liminaires des représentants des Etats méditerranéens non participants et des organisations internationales invitées. La durée des exposés ne devrait pas dépasser dix minutes par délégation.

dodis.ch/60501

A partir du quatrième jour et au cours des trois jours et demi de travail suivants, les trois groupes d'études tiendront des séances simultanées.

Le dernier jour et demi sera consacré à trois séances du Comité. Celui-ci décidera au cours de deux de ces séances de la meilleure façon d'utiliser les documents présentés durant les travaux du Séminaire relatifs aux secteurs spécifiques indiqués dans le rapport de La Valette, comme par exemple, la publication des exposés liminaires et la distribution du texte des études aux organisations internationales compétentes, et prendra toute autre décision utile.

La dernière séance du Comité sera publique et sera consacrée à la clôture officielle du Séminaire avec une allocution d'un représentant du pays hôte.

La séance d'ouverture et la séance de clôture, tant du Comité que des groupes d'études, seront présidées par un représentant de la délégation du pays hôte. Le tirage au sort des présidences suivantes permettra ensuite, selon l'ordre alphabétique français, la rotation quotidienne de la présidence entre les représentants des pays participants.

La participation aux travaux du Séminaire des Etats méditerranéens non participants (Algérie, Egypte, Israël, Liban, Libye, Maroc, Syrie et Tunisie) et des organisations internationales (UNESCO, CEE/ONU, PNUE, OMS, UIT) invitées suivra les règles et usages adoptés à La Valette, c'est-à-dire, notamment, que ces Etats participeront aux travaux des trois groupes d'études, aux quatre séances que tiendra le deuxième et le troisième jour le Comité ainsi qu'à la séance d'ouverture et à la séance de clôture.

Les contributions relatives aux sujets à examiner, rédigées dans une ou plusieurs langue(s) de travail de la CSCE, pourront être envoyées par les voies appropriées - de préférence trois mois au moins avant l'ouverture du Séminaire - au Secrétaire exécutif, qui les distribuera aux autres Etats participants et aux Etats méditerranéens non participants ainsi qu'aux organisations internationales qui auront annoncé leur intention d'y prendre part.

dodis.ch/60501

Le Gouvernement de l'Italie nommera le Secrétaire exécutif du Séminaire. Cette nomination devra être approuvée par les Etats participants. Les services de secrétariat technique seront fournis par le pays hôte.

Les autres règles de procédure et méthodes de travail ainsi que le barème de répartition des dépenses de la CSCE s'appliqueront, mutatis mutandis, au Séminaire.

Les dispositions énoncées ci-dessus ne constitueront pas un précédent pour d'autres forums de la CSCE.

Madrid, le 6 septembre 1983

dodis.ch/60501

ANNEXE II

DECLARATION DU PRESIDENT

REUNION A BERNE D'EXPERTS SUR LES
CONTACTS ENTRE LES PERSONNES

Le Président note qu'aucune objection n'est formulée à l'encontre de la déclaration faite par le représentant de la Suisse le 15 juillet 1983 concernant une invitation du Gouvernement suisse pour que se tienne une réunion d'experts sur les contacts entre les personnes. En conséquence, le Président note qu'il y a accord sur la tenue de cette réunion où sera étudié le développement des contacts entre les personnes, les institutions et les organisations, en tenant dûment compte de la partie introductive du Chapitre de l'Acte final intitulée Coopération dans les domaines humanitaires et autres, et de la partie introductive de la première section (Contacts entre les personnes) de ce chapitre, qui stipule, entre autres :

"Les Etats participants

Considérant le développement des contacts comme un élément important du renforcement des relations amicales et de la confiance entre les peuples,

Affirmant, en relation avec leur effort actuel pour améliorer les conditions dans ce domaine, l'importance qu'ils attachent aux considérations humanitaires,

Désireux dans cet esprit de développer, avec la poursuite de la détente, de nouveaux efforts en vue de réaliser un progrès continu dans ce domaine; .....
....."

dodis.ch/60501

La réunion sera convoquée à Berne le 15 avril 1986. Sa durée ne dépassera pas six semaines. Elle sera précédée de consultations préparatoires qui se tiendront à Berne, à partir du 2 avril 1986. Les résultats de la réunion seront pris en compte, comme il conviendra, lors de la Réunion de Vienne des Suites de la Conférence.

Le Gouvernement suisse nommera le Secrétaire exécutif de la réunion. Cette nomination devra être approuvée par les Etats participants. Les services du Secrétariat technique seront fournis par le pays hôte.

Les autres dispositions de procédure et de travail ainsi que le barème de répartition des dépenses de la CSCE s'appliqueront, mutatis mutandis, à la réunion de Berne.

Le Président note en outre que la présente déclaration figurera en Annexe du document de clôture de la Réunion de Madrid, et sera publiée avec ce dernier.

Madrid, le 6 septembre 1983